

Lindner, Rainer

**Research Report**

## Das Ende von Orange: Die Ukraine in der Transformationskrise

SWP-Studie, No. S 20/2006

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Lindner, Rainer (2006) : Das Ende von Orange: Die Ukraine in der Transformationskrise, SWP-Studie, No. S 20/2006, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252606>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Rainer Lindner*

## Das Ende von Orange

Die Ukraine in der Transformationskrise

S 20  
August 2006  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2006

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

5	<b>Problemstellung und Empfehlungen</b>
7	<b>Transformationskrise nach der Orangen Revolution</b>
8	Machtzirkulation und Elitenkonkurrenz
9	Führungswechsel ohne Systemwechsel
10	Verfassungsreform und Verfassungsrealität
14	»Marktwirtschaft« trotz Reformstau und Korruption
17	<b>Konstanten politischer Kultur</b>
19	Oligarchen und »Chauffeure«: Interessengruppen in der Werchowna Rada
21	Parteien als personenzentrierte Netzwerke
21	»Unsere Ukraine« (UU)
21	»Ukrprominvest«
22	»Orlan«
22	Gruppe Schwanija – Martynenko – Morosow
22	Partei der Regionen (PRU)
23	Block Julija Tymoschenko (BJUT)
24	Sozialistische Partei der Ukraine (SPU)
24	Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)
24	Koalitionsverhandlungen und Machtrituale
28	<b>Prekäre Energiesicherheit</b>
28	Der »Gaskrieg« als Stellvertreterkonflikt
29	RosUkrEnerg – Ende der ukrainischen Energiepolitik
33	<b>Fazit und Handlungsempfehlungen</b>
	<b>Anhang</b>
35	Wichtige Ausschüsse und deren Vorsitzende in der Werchowna Rada
35	Abkürzungen
36	Die neue Regierung der Ukraine



### **Das Ende von Orange.**

#### **Die Ukraine in der Transformationskrise**

Die Orangene Revolution in der Ukraine Ende 2004 ist Teil der Zeitgeschichte geworden. Bei aller Ernüchterung über ihre politischen und wirtschaftlichen Resultate waren die Parlamentswahlen am 26. März 2006 ein erfolgreicher Demokratietest für die Ukraine und den gesamten postsowjetischen Raum. Wahlfälschungen wie noch vor Jahresfrist fanden nicht mehr statt, Transparenz und Medienfreiheit haben deutlich zugenommen. Die Ukraine, die bis vor fünfzehn Jahren zum Kernland des Sowjetimperiums gehörte, ist auf dem Weg, dieses politische Erbe hinter sich zu lassen. Zugleich sind die durch die Revolution hochgespannten Erwartungen auf dem harten Boden der Realität angekommen. Das politische Gewicht des Präsidenten Viktor Juschtschenko hatte schon vor den Wahlen deutlich abgenommen. Das wichtigste Versprechen des Kiewer Majdan – die Wahlfälscher nicht wieder an der Machtausübung zu beteiligen – blieb mit der Rückkehr Viktor Janukowytschs als Premierminister unerfüllt; die Wirtschaft stagniert und die politisch-kulturelle Differenzierung der Ukraine in Ost und West konnte bisher nicht überwunden werden. Überkommene Strukturmerkmale der ukrainischen Politik wie Korruption, Oligarchie und der Einfluss regionaler Clans bestimmen weiterhin die ungleichmäßige Transformation des Landes. Die Revolution in Orange hat zwar einen Machtwechsel, aber keinen Systemwechsel bewirkt.

In der Ukraine herrscht ein Patt zwischen Reform- und Status-quo-Kräften. Das Land hat den Scheitelpunkt der postsowjetischen Transformation erreicht. Der Weg zu einer schrittweisen Modernisierung und Demokratisierung ist eingeschlagen. Zugleich steckt die Ukraine in einer schweren Transformationskrise, die vor allem auf die geringen Erfolge der orangenen Regierungen zurückzuführen ist. Die neue Viererkoalition aus »Partei der Regionen«, Sozialisten, Kommunisten und »Unsere Ukraine« verkörpert die Agonie der orangenen Zeit. Wichtige Schlüsselämter im Parlament, darunter der Haushaltsausschuss und der Auswärtige Ausschuss, aber auch Führungspositionen in der Gebietsadministration und in den Ministerien werden von Reformgegnern besetzt; in der ukrainischen Wirtschaft ist vorerst keine nachhaltige Reformpolitik zu erwarten.

Das aus der neuen »parlamentarisch-präsidentiellen« Ordnung entstehende Machtdreieck Präsident–Premier–Parlamentschef wird sich angesichts starker regionaler und sektoraler Interessengruppen in der Praxis als konfliktanfällig erweisen. Zwar konnte die Ukraine in der Außenpolitik in die Rolle eines regionalen Stabilitätsfaktors hineinwachsen. Nach der Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus durch die EU hat sie jedoch als Investitionsstandort noch kein neues ausländisches Interesse auf sich ziehen können; der Beitritt zur WTO wurde immer wieder verzögert; die von den USA unterstützte Mitgliedschaft in der Nato ist in weite Ferne gerückt. Schnelle Verhandlungen über eine weitere Annäherung an die Europäische Union stehen nicht auf der Tagesordnung; vor allem in der EU ist nach den Turbulenzen des Sommers Ernüchterung über die Transformationsfortschritte im Nachbarstaat Ukraine eingekehrt.

In der Studie werden die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dimensionen der Transformationskrise in der Ukraine analysiert. Dabei wird den Konstanten der politischen Kultur des Landes, der Elitenkonkurrenz und der Vernetzung von Politik und Kapital nachgegangen. Das Interesse richtet sich vor allem auf Akteursstrukturen sowie auf interne und externe Faktoren, die Einfluss auf das Außenverhalten der Ukraine haben, und dies vor dem Hintergrund einer prekären Sicherheitslage im Energiebereich. Schließlich werden deutscher und europäischer Politik Handlungsempfehlungen gegeben, die eine weitere Demokratisierung und marktwirtschaftliche Orientierung der Ukraine befördern können.

Dringend erforderlich ist für die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik eine Orientierung über die neue innen- und außenpolitische Akteurslage in der Ukraine. Denn obwohl Juschtschenko immer wieder seinen Willen zur Kontinuität in der Außenpolitik des Landes beteuert, ist unter Sozialisten und Kommunisten ein Kurswechsel nicht auszuschließen. Diese Orientierung sollte einer Fortsetzung der europäischen Integrationspolitik und der weiteren Mittelvergabe im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) vorausgehen. Die deutsche Ukrainepolitik sollte rasch in Konsultationen mit der neuen Führung in Kiew eintreten, um die Agenda weiterer wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit, etwa im Energiesektor, abzustimmen. Gleichzeitig sollte der Kontakt zur Parlamentsopposition, vor allem aber zur Zivilgesellschaft in der Ukraine gesucht werden.

# Transformationskrise nach der Orangen Revolution

Die Ukraine liegt nicht mehr »am Rand«.<sup>1</sup> Nach Jahrhunderten der Fremdbestimmung, der peripheren Lage in unterschiedlichen Imperien, nach zwei Weltkriegen, Hungersterben, stalinistischen Repressionen und der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 ist die Ukraine seit 1991 ein eigener Staat.<sup>2</sup> Das wichtigste Ergebnis der fünfzehnjährigen Transformation ist die Tatsache, dass die Ukraine ungeachtet aller regionalen Differenzierung, widerstrebender sektoraler und regionaler Interessen als Staat Bestand hat. Die Jahre der postsowjetischen Orientierung waren gekennzeichnet von der Herausbildung einer stark regional gefächerten Oligarchie, dem Fortwirken von Korruption und einer geringen Reformbereitschaft der politischen Eliten.<sup>3</sup> Wie die übrigen Farbrevolutionen im östlichen Europa hat auch die Orangene Revolution – im Unterschied zu den Revolutionen der Jahre 1989 bis 1991 – keinen Elitenwechsel, sondern eher eine Zirkulation der Macht bewirkt. Zugleich haben diese Farbrevolutionen eine Gegenreaktion Russlands und von Teilen der Eliten innerhalb der Staaten selbst ausgelöst. Insbesondere die ukrainischen Ereignisse haben Gegenkräfte mobilisiert, die sich seitdem in Staaten wie Usbekistan, Kirgistan oder Belarus der Revolutionsgefahr entgegenstellen.<sup>4</sup> Der Umbruch in der Ukraine hat paradigmatischen Charakter für die Umbrüche der zweiten Generation in Osteuropa; er brachte eine Generation von Politikern an die Macht, die als Technokraten und Wirtschaftsreformer neue Ansätze in Politik und Wirtschaft versprachen.<sup>5</sup>

Die Ukraine befindet sich in einer Phase beschleunigter Wandlungsprozesse, in denen überkommene Strukturen fortwirken und sich gleichzeitig neue Formen politischer Kultur und der Wirtschaftsordnung herausbilden. Ernüchterung hat sich vor allem dort breitgemacht,<sup>6</sup> wo vorschnelle Erwartungen dominierten; die positive Außenwahrnehmung der Ukraine im Westen hat nach einem Jahr der orangenen Regierung Risse bekommen. Die Europäische Union hat zwar auf dem EU-Ukraine-Gipfel am 1. Dezember 2005 der Ukraine den Status einer Marktwirtschaft zuerkannt. Dieser Schritt hatte jedoch vor allem symbolische Bedeutung. Die EU wollte damit eher die orangenen Kräfte stabilisieren, als ein Gütesiegel an die von Korruption, Clanwirtschaft, Intransparenz und rückläufigen Wirtschaftszahlen geprägte Volkswirtschaft der Ukraine heften.<sup>7</sup> Den größten Teil des Weges, den die Ukraine im Rahmen des Aktionsplans der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zurücklegen muss, hat sie noch vor sich.<sup>8</sup> Die nachorangene Entwicklung des Landes wird von vier Faktoren geprägt: erstens von verdeckten und offenen Elitenkonkurrenzen, zweitens von veränderten Verfassungskonstanten und Machtkonstellationen,

1 Das ukrainische Wort »Ukraina« (russ. »Ukraina«) bedeutet »am Rand«.

2 Zur Orientierung: Andreas Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 2. Auflage, München 2000.

3 Rainer Lindner/Boris Meissner (Hg.), *Die Ukraine und Belarus in der Transformation. Eine Zwischenbilanz*, Köln 2001; zuletzt Eberhard Schneider, *Das politische System der Ukraine. Eine Einführung*, Wiesbaden 2005.

4 Vgl. Thomas Carothers, »The Backlash against Democracy Promotion«, in: *Foreign Affairs*, 85 (März/April 2006) 2, S. 55–63.

5 Vgl. Juschtschenkos Rede am Tag des Amtseides in russischer Sprache auf der offiziellen Website des ukrainischen Präsidenten unter <[http://www.president.gov.ua/ru/news/data/11\\_2218.html](http://www.president.gov.ua/ru/news/data/11_2218.html)>.

6 Juri Durkot, »Ukraine: die durchwachsene Bilanz für »Orange«, in: *KAS/Auslandsinformationen*, (2005) 12, S. 151–167. Zur Chronologie der Ereignisse vgl. die Übersicht bei Marzena Kloka, »Die »Orangene Revolution« – Ein Überblick«, in: *Der Bürger im Staat*, 55 (2005) 4: »Nach der »Orangenen Revolution«, S. 164–167.

7 Serhij V. Morozenko, »Clanwirtschaft zwischen Korruption und organisierter Kriminalität: Die Ukraine unter Kutschma«, in: *Der Bürger im Staat*, 55 (2005) 4, S. 171–177.

8 Grundlegend: Batory Foundation (Hg.), *Will the Orange Revolution Bear Fruit? EU-Ukraine Relations in 2005 and the Beginning of 2006*, Warschau 2005. Zur Vorgeschichte Rainer Lindner, »Die Ukraine zwischen Russland und der EU. Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte«, in: Renata Makarska/Basil Kerski (Hg.), *Die Ukraine, Polen und Europa. Europäische Identität an der neuen EU-Ostgrenze*, Osnabrück 2004, S. 17–28. Aktuell zur Außenpolitik der Ukraine auch Tetyana Astashkina/Rainer Lindner, *Riga ohne Kiew. Anti-Erweiterungsstimmung in der Ukraine und Ernüchterung bei der Nato nach der Regierungsbildung*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2006 (Diskussionspapier FG Russland), <[http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?id=1792](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1792)>



drittens von verschleppten Wirtschaftsreformen und viertens von einer andauernden Energiekrise.

### Machtzirkulation und Elitenkonkurrenz

Die politische Macht in der Ukraine zirkuliert seit 1991 zwischen regionalen Machtgruppen. Derzeit findet ein Generationswechsel statt, bei dem die kommunistischen Direktoren und Administratoren der Sowjetzeit, personifiziert in Leonid Krawtschuk (1991–1994) und Leonid Kutschma (1994–2004) als ersten Präsidenten des Landes, auf ihren Machtpositionen von einer neuen Generation abgelöst werden. Diese besteht aus ehemaligen Komsomolfunktionären der spätsowjetischen Ukraine sowie aus Angehörigen der neuen liberalen Wirtschaftseliten und ist zusätzlich regional in politische und wirtschaftliche Akteure differenziert. Aus einstigen Wirtschaftspartnern dieser Generation – wie Julija Tymoschenko und Viktor Pintschuk, die in den neunziger Jahren gemeinsam Geschäfte im Gashandel machten – wurden erbitterte Gegner. Die postsowjetische Geschichte der Ukraine wurde in hohem Maße von den Interessenallianzen und -divergenzen dieser Eliten dominiert.

Die anhaltenden Auseinandersetzungen innerhalb des orangenen Lagers sowie Korruptionsvorwürfe gegen Regierungsmitglieder und Funktionsträger im Umkreis des Präsidenten Juschtschenko ließen seit September 2005 erneut den politischen Gegner erstarren – die »Partei der Regionen«. Am 5. September 2005 löste der zuvor zurückgetretene Chef der Präsidialverwaltung, Olexander Sintschenko, eine Regierungskrise aus, die jeden Reformschwung erlahmen ließ und die Regierungsfähigkeit der neuen politischen Führung in Frage stellte. Die Entlassung der Regierung Tymoschenko war von weiteren Enthüllungen und Schuldzuweisungen begleitet.<sup>9</sup> Die Versuche der Premierministerin Tymoschenko, eine Preisbindung für Benzin, Heizöl und Lebensmittel durchzusetzen, hatten frühzeitig Spannungen zwischen ihr und dem marktorientierten Präsidenten hervorgerufen, vor allem aber Konflikte mit dem Sicherheitsratschef und Oligarchen Petro Poroschenko ausgelöst. Eine Regierungstätigkeit war nun praktisch unmöglich geworden, da sich die Apparate gegenseitig blockier-

<sup>9</sup> »Turchynov's Sensational Statements: Kuchma's Schemes Taken Care of by Tretyakov. Yushchenko's Poisoning Not Yet Confirmed«, in: *Ukrains'ka pravda*, 15.9.2005, <<http://www2.pravda.com.ua/news/2005/9/15/33462.htm>>, zit. nach *The Ukraine List (UKL)*.

ten. Letztlich blieb weder der Regierung Tymoschenko noch der anschließend ins Amt gehobenen Kompromissregierung unter Jurij Jechanurow<sup>10</sup> ausreichend Zeit, eine Reformidee zu entwickeln und politisch tätig zu werden.

Der neue Premierminister war erst ins Amt gehoben worden, nachdem Juschtschenko Ende September 2005 ein Memorandum<sup>11</sup> mit seinem vormaligen Widersacher Viktor Janukowytsch unterzeichnet hatte. Mit diesem Dokument, in dem unter anderem den Wahlfälschern der Präsidentschaftswahlen 2004 Straffreiheit zugestanden wurde, kam die ukrainische Revolution endgültig in der postorangenen Realität an. Eine zentrale Losung des Majdan – »Die Verbrecher ins Gefängnis« – wurde konterkariert durch einen Kompromiss, der Juschtschenko das politische Überleben sicherte. Die orangene Intelligenz wandte sich enttäuscht von Juschtschenko ab. Die führende Wochenzeitung *Dserkalo tyschnja* warf ihm in einem emotionsgeladenen Artikel Verrat und persönliche Machtinteressen vor. Viele Ukrainer hatten offenbar einen »anderen Majdan« unterstützt als Juschtschenko.<sup>12</sup>

Die vierzehnte Regierung der Ukraine seit 1991 unter Premierminister Jechanurow war von Beginn an ein Übergangskabinett. In der neuen Exekutive fanden sich mehr Technokraten als Reformer. Juschtschenko, der zusehends unter den Folgen seiner Vergiftung litt, setzte unter dem Druck der Opposition auf Kräfte des Kompromisses. Jechanurow hatte seit 1993 unter allen bisherigen Präsidenten der neuen Ukraine politische Verantwortung getragen und war stellvertretender und erster Wirtschaftsminister unter Krawtschuk und Kutschma. Die Regierung sollte eine Stabilisierung der Innenpolitik bewirken, nach einem Ausgleich mit den regionalen Clanstrukturen von Dnipropetrowsk,

<sup>10</sup> Jechanurow stammte aus Dnipropetrowsk, von wo aus in den sechziger Jahren Breschnjew und später Kutschma an die Macht gedrängt waren, wo aber auch die Karriere der Julija Hryhjan ihren Anfang nahm. Von der Gebietshauptstadt am Dnepr baute sie nach ihrer Heirat mit dem Sohn des einflussreichen Gebietspartefunktionärs Henadij Tymoschenko ein Wirtschaftsimperium auf.

<sup>11</sup> Der Text des Memorandums: <<http://www.ukrweekly.com/Archive/2005/400510.shtml>>.

<sup>12</sup> Sergej Rachmanin, »Vse ne tak« [Alles ist anders], in: *Zerkalo nedeli*, 24.–30.9.2005, <<http://www.zerkalo-nedeli.com/ie/show/565/51345/>>; ähnlich Julia Mostovaja/Tat'jana Silina/Sergej Rachmanin, »Kak roždalas skazka i umer mif« [Wie ein Märchen geboren wurde und ein Mythos starb], in: *Zerkalo nedeli*, 10.–16.9.2005, <<http://www.zerkalo-nedeli.com/ie/show/563/51196/>>.

Donezk und Kiew suchen und an den außenpolitischen Prämissen der bisherigen Regierungsarbeit festhalten. Den Wahlkampf in Vorbereitung der Parlamentswahlen 2006 und den Konflikt um die russischen Gaslieferungen an die Ukraine hat diese Regierung jedoch nicht überlebt: Am 10. Januar 2006 veranlasste das Parlament ihre Entlassung.<sup>13</sup> Als Ergebnis dieser Entwicklung zeigt sich: Seit dem Amtseid Viktor Juschtschenkos am 23. Januar 2005 ist kein durchgreifender Wandel der Gesellschaft erreicht worden. Der Regierungswechsel konnte nicht verhindern, dass verfestigte Handlungsmuster der Eliten ebenso wie Korruption als Steuerungsform politischer Herrschaft und wirtschaftlicher Entscheidungen wirksam bleiben und die Praxis informeller Kommunikation zur politischen Einflussnahme genutzt wird.

## Führungswechsel ohne Systemwechsel

Die Orangene Revolution konnte den Anstoß zu einem Führungswechsel, aber nicht zu einem Systemwechsel geben. Bereits im November 2004 war deutlich geworden, dass keiner der politischen Akteure »einen ungeteilten Sieg davontragen« würde.<sup>14</sup> Ende 2005 war das orangene Lager zerstritten, die Allianzen zwischen Juschtschenko und Tymoschenko zunächst zerbrochen und die Opposition um die Partei der Regionen auf dem Vormarsch. Das politische »Traumpaar« der osteuropäischen Transformation – Juschtschenko und Tymoschenko – bildete jedoch von Beginn an nur eine Zweckverbindung. Zum einen trennen sie unterschiedliche Herkunft und Karriereverläufe: sie mit einem Familienhintergrund im spät-

sowjetischen Parteiapparat und einer Blitzkarriere als Oligarchin an der Spitze der »Vereinigten Energiesysteme der Ukraine« – er als traditionsverbundener ukrainischer Patriot und professioneller Bankkaufmann mit internationalem Renommee und seit 1996 machtnaher Technokrat. Zum andern haben beide einen ausgeprägten Willen zur Ausübung von Macht und Einfluss. Diese Diskrepanzen und Konkurrenzen waren stärker als das Zweckbündnis der Revolution.<sup>15</sup> Juschtschenko hat sich noch in diesem Jahr im Ausland für eine Revolution feiern lassen, die zu Hause schon aus dem Ruder lief.

Das im ersten Amtsjahr Juschtschenkos aufgelegte Programm »Zehn Schritte auf das Volk zu«<sup>16</sup> ist nur zu einem geringen Teil erfüllt worden. Als Erfolge wertete die Regierung die Reprivatisierung des Stahlwerks Kryworischstal und den dabei erzielten Gewinn von 4,8 Milliarden US-Dollar, der vor allem für soziale Leistungen und die Vergrößerung der Devisenreserve eingesetzt wurde, die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus durch die EU und de facto auch durch die USA, die Verkürzung des Grundwehrdienstes ukrainischer Soldaten und die Erhöhung der Zahlungen bei Geburt eines Kindes um das Zwölfwache. Für die Anhebung der Mindestrente auf das Niveau des Existenzminimums mussten 16 Prozent des BIP aufgewendet werden.<sup>17</sup> Mehr als 70 Prozent des Staatshaushalts für 2005 entfallen auf Ausgaben für Sozialleistungen. Mit der überdimensionierten Anhebung von Renten und Sozialleistungen im Jahr 2005 lebte die Ukraine über ihre Verhältnisse.<sup>18</sup> Die Zusatzleistungen wurden jedoch von den rapide angestiegenen Wohn- und Lebenshaltungskosten – nicht nur in Kiew – aufgeessen. Fast die Hälfte der Bevölkerung der Ukraine (46,8%) bezeichnet sich nach einer UN-Umfrage als »arm«.<sup>19</sup> Zu den programmatischen

<sup>13</sup> Wegen des nahenden Wahltermins blieb die Regierung de facto im Amt; »Ukraine: Regierung stürzt über Gaskonflikt«, in: *Spiegel-online.de*, 10.1.2006, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,394460,00.html>>. Die Entlassung wurde auf der Grundlage des Artikels 87 der bisherigen Verfassung veranlasst. Dieser sieht vor, dass mindestens ein Drittel der Abgeordneten den Antrag auf Entlassung der Regierung stellen muss. Die Rada stimmte jedoch ohne vorherige Antragstellung ab. Der Artikel verbietet darüber hinaus, dass die Verantwortung des Ministerkabinetts innerhalb eines Jahres nach der Billigung des Regierungsprogramms durch das Parlament in Frage gestellt wird. Ein Verfassungsgericht konnte die Rechtmäßigkeit der Entlassung nicht feststellen, da sich das Parlament bis dato geweigert hatte, sechs Verfassungsrichter zu wählen. Für diesen Hinweis danke ich meinem SWP-Kollegen Eberhard Schneider.

<sup>14</sup> Rainer Lindner, »Keiner wird den ungeteilten Sieg davontragen«, in: *Spiegel-online.de*, 30.11.2004, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,330192,00.html>>.

<sup>15</sup> Zur Biographie Julija Tymoschenkos vgl. jetzt Dmitri Popov/Ilija Milstein, *Julia Timoschenko. Die Zukunft der Ukraine nach der Orangenen Revolution*, Köln 2006. Hier finden sich auch Charakterisierungen des Präsidenten.

<sup>16</sup> Das Regierungsprogramm des Präsidentschaftskandidaten wurde erstmals im Sommer 2004 vorgestellt, <<http://www.yuschenko.com.ua/ukr/Future/206/>>.

<sup>17</sup> »Politiki nazyvajut dostizhenija i ošibki Juščenko« [Politiker benennen Erfolge und Fehler Juschtschenkos], 23.1.2006, <[http://www.korrespondent.net/display\\_print.php?arid=142908](http://www.korrespondent.net/display_print.php?arid=142908)>.

<sup>18</sup> Popov/Milstein, *Julia Timoschenko* [wie Fn. 15], S. 334.

<sup>19</sup> »OON: Naselenie Ukrainy nachoditsja na grani bednosti« [Ukrainische Bevölkerung am Rande der Armut], in: *korrespondent.net*, 30.5.2006, <<http://www.korrespondent.net/main/155033>>.

Vorhaben Juschtschenkos gehörten durchgreifende Reformen in Wirtschaft, Verwaltung, Steuergesetzgebung, Gesundheits- und Bildungswesens; doch bislang sind noch keine grundlegende Reformen eingeleitet, geschweige umgesetzt worden.<sup>20</sup>

Die Reformschwäche der orangenen Ukraine ergab sich nicht zuletzt aus der Konkurrenzsituation im Regierungslager – ein Zustand, der das politische Handeln der ukrainischen Regierung lähmte und im Anschluss an die im August 2006 erfolgte Koalitionsbildung unbedingt vermieden werden muss. Nach der Orangen Revolution wurde das Land bis September 2005 de facto von drei Institutionen parallel regiert: dem vom Parlament bestätigten Kabinett Tymoschenko, dem Präsidialsekretariat unter Olexander Sintschenko und dem Rat der Nationalen Sicherheit und Verteidigung der Ukraine mit Petro Poroschenko an der Spitze. Viele Entscheidungen, die in diesen Machtstrukturen gefällt wurden, standen in Widerspruch zueinander, und die meisten Reforminitiativen blieben im behördlichen Entscheidungsdickicht stecken. Die Probleme des »Institution-Building« während des orangenen Jahres, die zur Rückkehr der Postkommunisten führten, liegen auf der Hand:

1. Das Quotenprinzip bei der Regierungsbildung und der politischen Nachbesetzung von Gebiets- und Kreisadministrationen gemäß Partei- oder Netzwerkzugehörigkeit hat die Qualität des Verwaltungsapparates nicht durchgreifend verbessern können. Zahlreiche der etwa 18 000 Beamten in den landesweiten horizontalen und vertikalen Machtstrukturen, die nach der orangenen Regierungsbildung eine Stelle erhalten hatten, erwiesen sich als inkompetent. So mussten unter dem Druck unerledigter Verwaltungsvorgänge viele Amtsträger der Kutschma-Ära wieder eingestellt werden. Eine grundlegende Verwaltungsreform, die Juschtschenko schon vor seiner Präsidentschaft forderte, wäre dringend notwendig.

2. Die Überlagerung der Kompetenzen von Regierung und Sicherheitsrat ist unnötig, wenn sich der Sicherheitsrat auf seine Kernaufgaben der inneren und äußeren Sicherheit konzentriert. Das Portfolio des Ratsvorsitzenden muss daher angepasst werden. Die Kompromissbesetzung des Amtes des Vorsitzenden mit einem nicht zum Zuge gekommenen Premier hatte allenthalben Ressortüberschreitungen zur Folge.<sup>21</sup>

<sup>20</sup> Zu den Versäumnissen bei den Wirtschaftsreformen vgl. weiter unten, S. 14ff.

<sup>21</sup> Poroschenko, der sich anstelle von Tymoschenko Hoff-

3. Die hohe Frequenz von Regierungswechseln in der Ukraine, die an »italienische Verhältnisse« erinnert, bremst die Reformprozesse und beschädigt das Vertrauen in die politische Klasse der Ukraine im In- und Ausland. Die Schärfe der Akteurskonkurrenz und die Permanenz des Wahlkampfes haben dabei einen Zugewinn an »good governance« vorläufig verhindert. Notwendig wäre der Übergang in eine Phase nachhaltiger Reformprozesse.

4. Auf dem Majdan konnte zwar verhindert werden, dass das Janukowytsch-Lager durch Wahlmanipulation die Macht übernimmt, doch wurden die für die Fälschungen direkt Verantwortlichen nie zur Rechenschaft gezogen. Die direkt an den Manipulationen der Präsidentschaftswahlen 2004 beteiligten Politiker sind inzwischen unter den Schutzschirm der Abgeordnetenimmunität zurückgekehrt. Zu den zentralen Aufgaben einer neuen Regierung gehören ein Antikorruptionsprogramm und der entschiedene Kampf gegen politische Kriminalität.

Das erste orangene Jahr hat einen Politikwechsel und einen Zugewinn an Freiheiten bewirkt, aber noch keine nachhaltigen Reformen und keine schlüssige Reformstrategie gebracht. Die künftige Stabilität des Landes wird davon abhängen, inwiefern es der politischen Elite gelingt, Kompromisse nicht nur um des persönlichen Machterhalts willen, sondern im Interesse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes durchzusetzen. Die gegenwärtige Koalition aus Oligarchen, Postkommunisten und Juschtschenko-Leuten ist ein Ergebnis des orangenen Interessenkonflikts und der Korrumpierbarkeit ukrainischer Politiker. Auch die Verfassungsreform Anfang 2006 konnte nichts daran ändern, dass diese Wirkungsprinzipien fortgelten.

## Verfassungsreform und Verfassungsrealität

Die zum 1. Januar 2006 in Kraft getretene Verfassungsänderung bedingte einen Wandel der politischen Kräfteverteilung. Seitdem ist der Übergang von einer Präsidialverfassung in eine »parlamentarisch-präsidentiale Ordnung« zu beobachten. Das ukrainische Einkammerparlament, die Werchowna Rada, kann die Regierung entlassen, steht dann allerdings selbst vor Neuwahlen. Der neue Premierminister und der Groß-

nungen auf das Amt des Premierministers gemacht hatte, trat nur unter erheblichen Frustrationen das Amt des Sicherheitschefs an.

teil des Kabinetts werden vom Parlament ernannt (siehe Tabelle 1, S. 12f). Dem Präsidenten bleibt nur noch ein Vorschlagsrecht: Er schlägt dem Parlament den Kandidaten für das Amt des Premierministers vor, den ihm jedoch zuvor die Mehrheitsfraktion bzw. -koalition vorgeschlagen hat. Der Präsident unterbreitet dem Parlament außerdem seine personellen Vorschläge für die Ämter des Außen- und des Verteidigungsministers sowie des Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates.

Die Regierung unter Vorsitz des Premierministers wird vom Parlament gebildet und ist diesem verantwortlich. Die Regierung berichtet künftig dem Parlament und wird auch von diesem ernannt und entlassen. Der Präsident der Ukraine kann seinerseits das Recht zur Auflösung des Parlaments in folgenden Fällen geltend machen: wenn binnen 30 Tagen nach Arbeitsbeginn des neuen Parlaments keine Koalition aus den Fraktionen der Abgeordneten gebildet wurde, wenn binnen 60 Tagen die personelle Besetzung des Ministerkabinetts und damit die Regierungsbildung nicht erfolgt ist oder wenn binnen 30 Tagen die regulären Plenarsitzungen der Rada noch nicht begonnen haben.<sup>22</sup> Das politische Patt, in dem sich die Ukraine befindet, wird an der Tatsache sichtbar, dass für die Koalitionsbildung nach den Parlamentswahlen vom 26. März 2006 die Frist ausgeschöpft wurde, den die Konstitution der Ukraine vorsieht. Die vorangegangene Verfassungsdiskussion erinnerte an den mühsamen Entstehungsprozess der ersten postsowjetischen Verfassung der Ukraine, die 1996 als letzte in der nachsowjetischen Staatenwelt in Kraft trat. Auf Basis dieser Verfassung konnte der Präsident den Premierminister und die Regierung ernennen und entlassen. In der Folgezeit entzog Präsident Leonid Kutschma durch wiederholte Verfassungsänderungen dem Parlament weitere Zuständigkeiten und verhin- derte mit seinem häufig eingesetzten Vetorecht zahlreiche Reformbeschlüsse. Als sich 2002 nach der Regierungszeit von Premierminister Juschtschenko (1999–2001) und spätestens seit dessen Allianz mit Julija Tymoschenko eine neue, regierungstaugliche Politikergeneration mit präsidentialen Ambitionen ankündigte, drängte Kutschma mit der Gesetzesvorlage vom 6. März 2003 auf die Schaffung einer »parlamentarisch-präsidentialen Republik«.<sup>23</sup>

<sup>22</sup> Das »Gesetz zur Einführung von Änderungen in die Verfassung der Ukraine« (*Zakon Ukraïny pro vnesennja zmin do Konstytucii Ukraïny*) ist einzusehen unter: <<http://zakon.rada.gov.ua/cgi-bin/aws/main.cgi>>.

<sup>23</sup> Zur Vorgeschichte siehe Schneider, *Das politische System*

Juschtschenko hatte sich vor der Orangen Revolution nur unter Mühen von seiner Loyalität gegenüber Kutschma lösen können. Zu stark wirkte im öffentlichen Bewusstsein nach, dass er Kutschma einen »Vater« genannt und 2001 gemeinsam mit dem Präsidenten die gesamte Opposition als »faschistische Clique« bezeichnet hatte.<sup>24</sup> Da Juschtschenko auch für eine Änderung der Verfassung eingetreten war, konnte er nach seiner Wahl zum Präsidenten die Übertragung von Schlüsselkompetenzen an das Parlament nur zurückhaltend kritisieren. Dies gilt umso mehr, als die Reform die Steuerungskapazitäten des Präsidenten in einem von Clanstrukturen geprägten politischen Tagesgeschäft stark beschnitten hat. Erst nachdem Juschtschenko der Kompetenzverlagerung grundsätzlich zugestimmt hatte, willigte Kutschma 2004 in den eigenen politischen Rückzug ein.<sup>25</sup> Das Ancien régime hätte das Feld nicht geräumt, wenn Juschtschenko der Verfassungsänderung nicht zugestimmt hätte und dem im Gongadse-Fall belasteten Präsidenten Kutschma Straffreiheit gewährt worden wäre; der Majdan allein hätte den Machtwechsel nicht herbeiführen können.<sup>26</sup>

Am 1. Januar 2006 – zehn Jahre nach der ersten ukrainischen Verfassung – trat die neue Verfassung in Kraft.<sup>27</sup> Bereits zehn Tage nach Inkrafttreten der Änderungen trieb das Land in eine Verfassungskrise, die deutlich zeigte, dass das Parlament von seinem neuen Recht ohne Zögern Gebrauch macht – und dies sehr wahrscheinlich auch künftig tun wird. Auch hielten die Diskussionen über die konstitutionelle Kräfteverschiebung weiter an. Präsident Juschtschenko plante sogar, grundsätzliche Teile der Reformen rückgängig zu machen, was am 9. Februar 2006 zu Tumul-

[Textfortsetzung S. 14]

der Ukraine [wie Fn. 3], S. 29ff, und Kataryna Wolczuk, *The Moulding of Ukraine: The Constitutional Politics of State Formation*, Budapest 2002.

<sup>24</sup> Nach der Verhaftung von Julija Tymoschenko im Februar 2001 unterzeichnete der Premierminister Juschtschenko mit dem Präsidenten und dem Parlamentspräsidenten den sogenannten »Brief der Drei«; vgl. Popov/Milstein, *Julia Tymoschenko* [wie Fn. 15], S. 235.

<sup>25</sup> Anders Åslund, »The Ancien Régime: Kuchma and the Oligarchs«, in: Anders Åslund/Michael McFaul (Hg.), *Revolution in Orange: The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough*, New York 2006 S. 8–9.

<sup>26</sup> Adrian Karatnycky, »The Fall and Rise of Ukraine's Political Opposition: From Kuchmagate to the Orange Revolution«, in: Åslund/McFaul, ebd., S. 29ff.

<sup>27</sup> Schneider, *Das politische System der Ukraine* [wie Fn. 3]. Hier findet sich eine deutsche Übersetzung der Verfassung von 1996.

**Tabelle 1**  
**Wichtige Verfassungsbestimmungen zur parlamentarisch-präsidentialen Ordnung der Ukraine seit dem 1. Januar 2006**

<i>Staatsorgan</i>	<i>Präsident</i>	<i>Werchowna Rada</i>	<i>Ministerkabinett</i>
<i>ernennt</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ den Generalstaatsanwalt mit Zustimmung der Werchowna Rada</li> <li>▶ die Vorsitzenden der staatlichen Gebietsverwaltungen (Gouverneure)</li> <li>▶ die Hälfte der Mitglieder des Rates der Nationalbank</li> <li>▶ die Hälfte der Mitglieder des Funk- und Fernsehrates</li> <li>▶ ein Drittel der Mitglieder des Verfassungsgerichts</li> <li>▶ die Sekretäre und Mitglieder des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung</li> <li>▶ den Vorsitzenden des Dienstes für Äußere Aufklärung</li> <li>▶ die Obersten Befehlshaber der Streitkräfte und anderer Militärformationen</li> <li>▶ die Leiter der diplomatischen Vertretungen in anderen Staaten und bei internationalen Organisationen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ den Premierminister und die Mitglieder des Ministerkabinetts</li> <li>▶ den Vorsitzenden des Sicherheitsdienstes der Ukraine</li> <li>▶ den Vorsitzenden des Anti-Monopol-Komitees</li> <li>▶ den Vorsitzenden des Fonds für Staatsvermögen</li> <li>▶ den Vorsitzenden des Staatskomitees für Funk- und Fernsehwesen</li> <li>▶ die Mitglieder der Zentralen Wahlkommission</li> <li>▶ den Vorsitzenden und die Mitglieder des Rechnungshofes</li> <li>▶ den Vorsitzenden der Nationalbank</li> <li>▶ die Hälfte der Mitglieder des Rates der Nationalbank</li> <li>▶ die Hälfte der Mitglieder des Funk- und Fernsehrates</li> <li>▶ den Vorsitzenden der Werchowna Rada</li> <li>▶ den Bevollmächtigten der Werchowna Rada für Menschenrechte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ die Vorsitzenden der zentralen Organe der Exekutive, die nicht in das Ministerkabinett eintreten</li> </ul>
<i>schlägt die Ernennung vor</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ des Premierministers</li> <li>▶ des Verteidigungsministers</li> <li>▶ des Außenministers</li> <li>▶ der Mitglieder der Zentralen Wahlkommission</li> <li>▶ des Vorsitzenden der Nationalbank</li> <li>▶ des Vorsitzenden des Sicherheitsdienstes</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ des Vorsitzenden des Anti-Monopol-Komitees</li> <li>▶ des Vorsitzenden des Fonds für Staatsvermögen</li> <li>▶ des Vorsitzenden des Staatskomitees für Funk- und Fernsehwesen</li> <li>▶ der Vorsitzenden der zentralen Organe der Exekutive, die nicht in das Ministerkabinett eintreten</li> </ul>

Staatsorgan	Präsident	Werchowna Rada	Ministerkabinett
<i>entlässt</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ den Generalstaatsanwalt mit Zustimmung der Werchowna Rada</li> <li>▶ die Vorsitzenden der staatlichen Gebietsverwaltungen (Gouverneure)</li> <li>▶ die Hälfte der Mitglieder des Rates der Nationalbank</li> <li>▶ die Hälfte der Mitglieder des Funk- und Fernsehrates</li> <li>▶ ein Drittel der Mitglieder des Verfassungsgerichts</li> <li>▶ die Sekretäre und Mitglieder des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung</li> <li>▶ den Vorsitzenden des Dienstes für Äußere Aufklärung</li> <li>▶ die Obersten Befehlshaber der Streitkräfte und anderer Militärformationen</li> <li>▶ die Leiter der diplomatischen Vertretungen der Ukraine in anderen Staaten und bei internationalen Organisationen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ den Premierminister und die Mitglieder des Ministerkabinetts</li> <li>▶ den Vorsitzenden des Sicherheitsdienstes des Ukraine</li> <li>▶ den Vorsitzenden des Anti-Monopol-Komitees</li> <li>▶ den Vorsitzenden des Fonds für Staatsvermögen</li> <li>▶ den Vorsitzenden des Staatskomitees für Funk- und Fernsehwesen</li> <li>▶ ein Drittel der Mitglieder des Verfassungsgerichts</li> <li>▶ die Mitglieder der Zentralen Wahlkommission</li> <li>▶ den Vorsitzenden und die Mitglieder des Rechnungshofes</li> <li>▶ den Vorsitzenden der Nationalbank</li> <li>▶ die Hälfte der Mitglieder des Rates der Nationalbank</li> <li>▶ die Hälfte der Mitglieder des Funk- und Fernsehrates</li> <li>▶ den Vorsitzenden der Werchowna Rada</li> <li>▶ den Bevollmächtigten der Werchowna Rada für Menschenrechte</li> </ul>	
<i>schlägt zur Entlassung vor</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ die Mitglieder der Zentralen Wahlkommission</li> <li>▶ den Vorsitzenden der Nationalbank</li> <li>▶ den Vorsitzenden des Sicherheitsdienstes</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>▶ den Vorsitzenden der staatlichen Verwaltungsgebiete</li> </ul>

Quelle: Die ukrainische Verfassung und die Änderungen sind unter [http://www.president.gov.ua/en/content/103\\_e.html](http://www.president.gov.ua/en/content/103_e.html) einzusehen.

ten und Schlägereien zwischen Verteidigern und Gegnern des Präsidenten führte.<sup>28</sup>

In der Folge der Verfassungsänderung zeichnen sich eine Reihe von Umsetzungsproblemen ab:

1. Die gestärkte Position des Parlaments bringt es mit sich, dass eine erfolgreiche Regierungsarbeit nur in Abstimmung mit einer im hohen Maße interessen-geleiteten Legislative möglich sein wird. Für die nahe Zukunft ist mit einem konflikthanfälligen Regierungshandeln zu rechnen. Dies könnte eine zeitweilige Lähmung der politischen und vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung nach sich ziehen. Zugleich ist jede Koalition zum Erfolg verpflichtet, da die Konstitution eine Entlassung der Regierung durch das Parlament und schnelle Neuwahlen ermöglicht.
2. Die Verfassungsreform erweitert die Möglichkeiten des Präsidenten, des Ministerkabinetts und der Werchowna Rada, politische Entscheidungen zu blockieren oder hinauszuzögern. Insbesondere verbleibt beim Präsidenten das Recht, für das Ministerkabinett verpflichtende Dekrete zu erlassen. Doch dieses Recht läuft der Grundidee der Verfassungsänderung, nämlich einer parlamentarischen Kontrolle der Regierung, deutlich zuwider. Wenn der Präsident, der Premierminister und die Mehrheitskoalition unterschiedlichen politischen Lagern angehören, sind Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Entwicklung des Landes und damit gravierende Konflikte absehbar.
3. Die Verfassungsänderungen können im Verfassungsgericht aufgehoben werden. Das Verfassungsgericht ist jedoch seit 2005 aufgrund unbesetzter Richterposten nicht arbeitsfähig und sogar schon zum Gegenstand der Verhandlungen im Koalitionspoker geworden. Aus diesem Grunde möchte keine der politischen Kräfte dem politischen Gegner das Vorrecht zur Ernennung von Richtern des Verfassungsgerichts zubilligen. Zusätzlich könnten die häufigen Klagen der Gegner der Verfassungsreform im Verfassungsgericht zusehends auf die Machtbeziehungen im Dreieck von Präsident, Kabinett und Parlament zurückwirken.

Die Verfassungsänderungen und die starke Position des Parlaments bringen es mit sich, dass die Regie-

<sup>28</sup> Die anschließende Rede Juschtschenkos zur Lage der Nation vor dem Parlament am 9.2.2006 in: *pravda.ua*, 9.2.2006, <<http://www.pravda.com.ua/ru/news/2006/2/9/37590.htm>>. In dieser Rede kündigte der Präsident zudem an, mittels eines Referendums die Verfassungsänderungen wieder rückgängig zu machen.

ungsarbeit in Zukunft auf eine Abstimmung mit der Legislative angewiesen sein wird. Nach der Koalitionsbildung war die Verfassungswirklichkeit geprägt von Ereignissen wie der Parlamentsblockade durch die »Partei der Regionen«, Schlägereien im Hohen Haus und der turbulenten Wahl des Parlamentssprechers. Es handelt sich dabei um Symptome einer Krise der politischen Klasse, die noch immer keine Kommunikations- und Handlungsstrategien zur demokratischen Regelung von Konflikten entwickelt hat. Für die zweite Jahreshälfte 2006 sind daher weitere Regierungskrisen zu erwarten.

### »Marktwirtschaft« trotz Reformstau und Korruption

Wie beim »Institution-Building« war die orangene Regierung auch bei der wirtschaftlichen Modernisierung nicht in der Lage, die hochgesteckten Erwartungen zu erfüllen. Für die ukrainische Wirtschaft war das Jahr 2005 von Erfolgen und Rückschlägen gekennzeichnet. Das Wirtschaftswachstum und die Industrieproduktion gingen im Vergleich zu den Vorjahren zurück, die Inflationsrate konnte nicht weiter gesenkt werden, die Handelsbilanz blieb im negativen Bereich und die Energiepreise stiegen erheblich. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde von verschiedenen Faktoren beeinträchtigt: Turbulenzen an dem für die exportorientierte Ukraine wichtigen Stahlmarkt, die Aufhebung bestehender Sonderwirtschaftszonen, die Abschaffung von Steuerbegünstigungen und die Aufwertung der nationalen Währung. Hinzu kam der dramatische Abfluss von Binnenkapital zur Zeit der Orangen Revolution, als zahlreiche Oligarchen in einer politisch unübersichtlichen Situation Milliardenbeträge ins Ausland transferierten.

Dank der Privatisierung des Stahlwerks Kryworischstal<sup>29</sup> konnten die ausländischen Direktinvestitionen 2005 zwar nominal gesteigert werden, wie Tabelle 2

<sup>29</sup> Kryworischstal war das Herzstück des Metallurgiestandortes um Krywij Rih (Kriwoj Rog), dessen Gründung ins 19. Jahrhundert zurückreicht. In der Sowjetzeit stieg das Werk zum größten Stahlproduzenten auf, mit starken Kapazitäten für den Export in die Staaten des Ostblocks. Noch in der postsowjetischen Ukraine gehörte Kryworischstal zu den »Filetstücken« der ukrainischen Wirtschaft. Vor dem Ende der Kutschma-Ära gelangte das Unternehmen 2004 in einem nebulösen Verfahren für 900 Mio. US-Dollar in den Besitz der Oligarchen Viktor Pintschuk aus Dnipropetrowsk und Rinat Achmetow aus Donezk. Höhere Gebote ausländischer Investoren blieben unberücksichtigt.

zeigt. Die Steigerung ist aber im wesentlichen der Einzelinvestition des großen Stahlkonzerns Mittal zu verdanken. Lässt man sie außer Betracht, ergibt sich das Bild einer ansonsten stagnierenden Investitionsentwicklung: Da die Regierung ein Ende der Reprivatisierungspolitik verkündet hat, sind weitere Einnahmen dieser Art vorläufig nicht zu erwarten. Außerdem fehlen jetzt bei Inlandsinvestitionen durch ukrainische und russische Unternehmen jene Milliardenbeträge, die während der Orangen Revolution aus dem Land abgeflossen sind. Die zusätzlich ausgeschütteten Sozialleistungen, die Steigerung der Gehälter im öffentlichen Dienst und die Rentenerhöhung schlugen überdies auf das Staatsbudget durch. Die orangene Ukraine hat über ihre Verhältnisse gelebt.

**Tabelle 2**  
**Wirtschaftsdaten der Ukraine 2003–2006**

	2003	2004	2005	2006 <sup>a</sup>
Reales BIP-Wachstum (%)	+9,6	+12,1	+2,6	+3,2
Inflationsrate (%)	5,2	9,0	13,5	o.A.
Außenhandelsbilanz (Mrd. \$)	+0,1	+3,7	-1,8	-1,6
Arbeitslosigkeit (nach ILO, %)	9,1	8,6	7,5	7,9
Ausländische Direktinvestitionen (Zufluss in Mrd. \$)	1,424	1,545	7,328	0,9896

a Erstes Quartal, Januar–April 2006.

Quelle: Staatskomitee für Statistik der Ukraine  
<<http://www.ukrstat.gov.ua/>>.

Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft, *Wirtschaftsdaten Kompakt: Ukraine*, Mai 2006 <[http://www.bfai.de/DE/Content/\\_SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument.html?fdident=MKT20060511115118](http://www.bfai.de/DE/Content/_SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument.html?fdident=MKT20060511115118)>.

Das Eingreifen der Exekutive in die Preisbildung wichtiger Produktgruppen wie Benzin und Fleisch hat nicht nur die Bevölkerung verunsichert, sondern auch die Außenwahrnehmung der Wirtschaftspolitik der Regierung Tymoschenko negativ beeinflusst. Das Fehlen eines effektiven Dialogs zwischen Politik und Wirtschaft verhinderte eine konsistente und reformorientierte Wirtschaftspolitik. Die Ziele im Programm der Regierung Tymoschenko »Auf das Volk zugehen« (*Nazustrič ljudjam*), das auf der Basis des Präsidentenprogramms von 2004 am 4. Februar 2005 in die Rada eingebracht und mit 357 Stimmen angenommen

worden war, sind nicht umgesetzt worden.<sup>30</sup> Die angestrebte Trennung von Politik und Kapital wurde nicht vollzogen, eine energische Bekämpfung der Korruption kam nicht in Gang. Die »Reprivatisierungskampagne«, ein ehrgeiziges Vorhaben der Regierungschefin Tymoschenko, fiel dem Diadochenkampf der Oligarchen zum Opfer: Nach nur einer erfolgreichen Neuveräußerung blieb die Reprivatisierung in den Startlöchern stecken.<sup>31</sup>

Gegenstand einer erneuten Privatisierung sollten jene Wirtschaftsobjekte sein, die nach Ansicht der Regierung illegal in den Besitz ihrer neuen Eigentümer gelangt sind. Eine virtuelle Liste der zur Reprivatisierung vorgesehenen Unternehmen und Betriebe wies unterschiedlichen Angaben zufolge zwischen 20 und bis zu 3000 Positionen auf. In diesem Kontext warf die Opposition um die »Partei der Regionen« der Regierung mehrfach vor, sich bei Eingriffen in wirtschaftliche und unternehmerische Entscheidungen »administrativer Ressourcen« zu bedienen.

Auf Betreiben der Regierung Tymoschenko wurde eine Neuausschreibung zum Verkauf des Stahlwerks Kryworischstal durchgesetzt. Für einen Kaufpreis von 4,8 Milliarden US-Dollar übernahm im Oktober 2005 die von dem indischen Milliardär und Weltmarktführer Lakshmi Mittal geführte Mittal Steel das Unternehmen. Mit diesem Kauf war Mittal ein weiteres Mal im postsowjetischen Raum aktiv geworden, nachdem der Konzern bereits den kasachischen Stahlkoloss Karmet erworben und saniert hatte: Mittal kauft bevorzugt verlustreiche und marode Großbetriebe in Osteuropa auf; zuletzt übernahm er Mehrheitsanteile am europäischen Mitbewerber Arcelor.<sup>32</sup> Für Präsident Juschtschenko und die Regierung Jechanurow war die Veräußerung von Kryworischstal ein wirtschaftspolitischer Erfolg. Doch es mehren sich Stimmen in der Ukraine, die die Rechtmäßigkeit der Reprivatisierung in Zweifel ziehen, weil es sich um eine staatliche Intervention in privatwirtschaftliche Geschäftsbeziehungen handelte. Der Oligarch Pintschuk war nicht

<sup>30</sup> Siehe <<http://www.kmu.gov.ua/>>.

<sup>31</sup> Eine Übersicht über die Privatisierungen großer Unternehmen mit einem Wert von mehr als 10 Mio. US-Dollar findet sich bei Heiko Pleines, *Privatisierungsauktionen zwischen Manipulationen, Skandalen und Renationalisierung*, Bremen: Forschungsstelle Osteuropa, 23.5.2006 (Ukraine-Analysen, Nr. 8), S. 2–11, hier S. 7ff <<http://www.ukraine-analysen.de/pdf/2006/UkraineAnalysen08.pdf>>.

<sup>32</sup> Dirk Hinrich Heilmann, »Mittal – der unterschätzte Emporkömmling«, in: *Handelsblatt*, 27.1.2006, S. 1f; »Kuznec vsemu« [Ein Schmied für alles], in: *Kommersant* 'vlast', 31.10.2005, S. 42–45.



bereit, die Reprivatisierung des Stahlwerks hinzunehmen und wandte sich an den Europäischen Gerichtshof. Mittal seinerseits ist daran interessiert, das Großkombinat zu entflechten und in Einzelunternehmen aufzuspalten. Die juristischen Bedenken gegen diese Reprivatisierungsmaßnahme werden die neue Regierung mit großer Wahrscheinlichkeit davon abhalten, weitere großangelegte Reprivatisierungsvorhaben durchzusetzen.<sup>33</sup>

Abgesehen von der Veräußerung des Stahlwerks Kryworischstal haben die versprochenen Wirtschaftsreformen der orangenen Akteure bislang wenig greifbare Ergebnisse erbracht. Die Gesetzesvorlage »Über die Stimulierung der Innovationstätigkeit sowie der Herstellung von Hochtechnologieprodukten«, die Verordnung des Ministerkabinetts »Über die Bestätigung des Plans unaufschiebbarer Maßnahmen zur Stimulierung des Investitionsaufkommens« oder das Programm »Investitionsimage der Ukraine« für den Zeitraum 2006 bis 2010 sind bislang nur ansatzweise umgesetzt.<sup>34</sup> Als problematisch erwies sich die Senkung der Exportpreise für ukrainische Waren, darunter auch für Stahlerzeugnisse. Durch die Anfang 2006 erfolgte Anhebung der Preise für Energieträger ging die Rentabilität des ukrainischen Energieexportmarktes deutlich zurück. Dies betrifft nicht zuletzt Metallurgieerzeugnisse und chemische Produkte, die 42 Prozent des Exports ausmachen. Die Folgen der Energieabhängigkeit von Lieferungen aus Russland

33 Der Erwerb des Eisenlegierungswerks von Nikopolsk durch Viktor Pintschuk und Rinat Achmetow im August 2003 wurde von der Regierung Tymoschenko und dem Obersten Wirtschaftsgericht der Ukraine Ende August 2005 für gesetzeswidrig und damit für ungültig erklärt. Vorläufig lehnte es das Oberste Gericht der Ukraine im Januar 2006 ab, Pintschuks Interpipe die Möglichkeit zu geben, diese Entscheidung juristisch anzufechten. Das Parlament der Ukraine wies im Februar 2006 jedoch eine Neuausschreibung und den erneuten Verkauf des Werkes zurück. Tymoschenko hatte eine Neuvergabe an die »Privat«-Gruppe (»Privatbank« 1992 von Serhij Tyhypko gegründet, 1997 von Kolomojskyj übernommen) betrieben, obgleich Pintschuk gegen dieselbe Konkurrenz seinerzeit mit einem Gebot von 80 Mio. US-Dollar den Zuschlag für 50% der Aktienanteile bekommen und die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter deutlich verbessert hatte. »Verchovna Rada zapretila privatizirovat' NZF« [Der Oberste Rat hat die Privatisierung des NZF untersagt], in: *korrespondent.net*, 9.2.2006, <<http://www.korrespondent.net/main/144737>>.

34 Konferenzunterlage: Statement des Wirtschaftsministeriums anlässlich der Veranstaltung Europa-Forum der Commerzbank »Ukraine – Chancen des Wandels«, 12.12.2005, Kiew 2005.

bzw. über Territorium, das von der russischen Gasprom kontrolliert wird, erwiesen sich seit Amtsantritt Juschtschenkos als strategische Herausforderung.

Dass die EU der Ukraine am 2. Dezember 2005 den Marktwirtschaftsstatus zuerkannte, bestätigte zunächst lediglich den eingeschlagenen Kurs der Ukraine. Dieser Maßnahme kam vor allem symbolische Bedeutung zu: Sie war eher als Akt der Unterstützung der demokratischen Bewegung und Präsident Juschtschenkos zu verstehen denn als Anerkennung einer durchgreifenden Strukturreform der ukrainischen Wirtschaft. Die Abschaffung der Jackson-Vanik-Klausel<sup>35</sup> durch den amerikanischen Kongress am Vorabend der Parlamentswahlen sollte die Argumentationskraft des orangenen Lagers zusätzlich stärken. Man erwartete Exportsteigerungen für ukrainische Waren um das 1,5- bis 2fache.<sup>36</sup> Eine »zweite Chance« für orangene Wirtschaftsreformen würde bedeuten, in einem ersten Schritt klare Ziele zu formulieren: die Förderung des Mittelstands, eine Entflechtung der Großkonzerne, eine Teilprivatisierung von Schlüsseltechnologien (Energiewirtschaft, Telekommunikation) und vor allem ein entschlossener Kampf gegen die Korruption.<sup>37</sup>

Festzuhalten bleibt: Erstens bewirken die Konkurrenzen und Machtkämpfe innerhalb der neuen Generation ukrainischer Politiker eine Krise des Regierungshandelns; zweitens wird die durch die Verfassungsänderung entstandene parlamentarisch-präsidentielle Ordnung von der konkurrenzstarken politischen Klasse eher instrumentalisiert als angenommen; drittens trifft die Wirtschaftstransformation auf erbitterten Widerstand der oligarchischen und bürokratischen Strukturen. Reformprojekte der orangenen Führung sind ins Stocken geraten oder wie die Reprivatisierung von Kryworischstal Einzelfälle geblieben. Die Konstanten der politischen Kultur sind in der unabhängigen Ukraine seit 1991 bislang stärker als der Reformwille der neuen Führung.

35 Die Jackson-Vanik-Klausel (1974, Ergänzung zum Handelsgesetz der USA) macht die Handelsbeziehungen der USA abhängig vom Migrationsverhalten und dem Grad der Demokratisierung eines kommunistischen bzw. postkommunistischen Staates. Im Wortlaut unter <[http://frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=browse\\_usc&docid=Cite:+19USC2432](http://frwebgate.access.gpo.gov/cgi-bin/getdoc.cgi?dbname=browse_usc&docid=Cite:+19USC2432)>.

36 Valentina Ljulja, »Čto est' popravka Džeksona-Venika i s čem ee edjat?« [Was ist die Jackson-Vanik-Klausel und womit isst man sie?], in: *ČAS.UA*, (18.–24.3.2006) 11, S. 26f.

37 Eine volkswirtschaftliche Strategie vergleichbar dem Tausend-Tage-Programm der Regierung Juschtschenko von 1999 ist bisher nicht vorgelegt worden.

## Konstanten politischer Kultur

Die politische Kultur der Ukraine ist einerseits geprägt vom Demokratisierungswillen der Bevölkerung, der in der Zeit der Orangen Revolution und in den Parlamentswahlen unmissverständlich zum Ausdruck kam. Andererseits sind Interessenkämpfe und Machtrituale der ukrainischen Eliten bestimmende Elemente: Häufige Parlamentsprügeleien, regelhafte Korruption und eine gewisse Beliebtheit parteipolitischer Überzeugungen prägen inzwischen wieder das Image des Landes.

Gleichwohl haben die Parlamentswahlen vom 26. März 2006 die politische Landschaft nach der Orangen Revolution verändert: Bei diesen Wahlen erhielt die »Partei der Regionen« 32,12%, der Block Julija Tymoschenko (BJUT) 22,27%, die Partei »Unsere Ukraine« 13,94%, die Sozialisten 5,67% und die Kommunisten 3,66% der Stimmen.<sup>38</sup> Vieles deutete darauf hin, dass eine Reformpolitik ohne ein Modernisierungsbündnis der vormalig verfeindeten Kräfte nicht durchsetzbar sein würde.<sup>39</sup> Aufgrund der fortgeltenden Parameter des politischen Systems ist es am Ende aber nicht dazu gekommen. Zu dieser Entwicklung trug auch das Zerwürfnis zwischen den Protagonisten der Orangen Revolution bei, das sich schon im Vorwahlkampf in der Wählerstimmung niedergeschlagen hatte.<sup>40</sup> Der Regierungspartei und Präsi-

dent Juschtschenko wurden – vor allem seit der Entlassung der Regierung Tymoschenko und den damit verbundenen Korruptionsvorwürfen – die verantwortliche Führung des Staates immer weniger zugetraut. Wähler wechselten aus Enttäuschung und Protest in das Lager der »Regionen«, zur Volkspartei des Parlamentspräsidenten Lytwyn oder zum BJUT. Auch im neuen Parlament der Ukraine, das am 24. Mai 2006 erstmals zusammentrat, sind weniger Parteien, sondern eher Einzelpersonen und Sonderinteressen bestimmend. Die regionale und politische Differenzierung des Landes zwischen West- und Ostukraine hat sich nach der Orangen Revolution nicht aufheben lassen.

Die politischen Orientierungen der Wähler haben sich eher noch verfestigt. Wenngleich von einer Spaltung keine Rede sein kann, bleibt die Ausrichtung der Ostukraine auf die »Partei der Regionen« und der Westukraine auf »Unsere Ukraine« vorläufig bestehen.<sup>41</sup> Juschtschenko hat im Gegensatz zu Julija Tymoschenko zu wenig um die Sympathie der Wähler im Osten des Landes gerungen. Er regierte mit Ernennungen und Absetzungen, war jedoch in diesem Landesteil zu selten persönlich präsent. Damit blieben ihm die Herzen der Menschen im Donbass, auf der Krim und in den Südprovinzen weitgehend verschlossen. Tymoschenko dagegen bereiste das Zentrum und den Osten intensiv, was sich im Wählervotum deutlich

<sup>38</sup> Die im neuen Parlament vertretenen Parteien und Wahlbündnisse werden unten (S. 21ff) genauer vorgestellt.

<sup>39</sup> Insgesamt hatten sich 45 Parteien und Wahlbündnisse mit 7684 Kandidaten registrieren lassen, darunter die Kommunisten mit 449 Kandidaten, die Partei der Regionen mit 445, der Volksblock Lytwyn mit 437, der Block Julija Tymoschenko mit 409 und der Block »Unsere Ukraine« mit 392 Kandidaten; vgl. Zentrale Wahlkommission, 16.1.2006, <<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2006/W6P001>>.

<sup>40</sup> Im September 2005, sechs Monate vor den Parlamentswahlen, lag das Wahlbündnis von Premier Jechanurow und Viktor Juschtschenko »Unsere Ukraine« (UU) und die Partei der Regionen (PRU) nahezu gleichauf, gefolgt vom Block Julija Tymoschenko (BJUT); Kiev International Institute of Sociology (KIIS), *Six Months before the 2006 Parliamentary Elections*, 13.–25.9.2005, <<http://www.kiis.com.ua/txt/doc/press11102005.doc>>. Daneben machten sich die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) unter Petro Symonenko und die Sozialistische Partei von Olexander Moros (SPU) Hoffnungen, in das Parlament einzuziehen. Weniger stabil war das Ranking der Volkspartei von Wolodymyr Lytwyn

(VPU), der Progressiven Sozialisten von Natalija Witrenko (PSPU) und des Wahlbündnisses »Ne TAK« (»Nicht JA!«). Letzteres wurde von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei der Ukraine und den schärfsten Juschtschenko-Gegnern gebildet.

<sup>41</sup> Das Rasumkow-Zentrum in Kiew führte im Zeitraum vom 12. bis 17.1.2006 Interviews mit 2290 Erwachsenen durch. Die Fehlerquote betrug 2,1%. Danach hätte die »Partei der Regionen« in den Ostprovinzen 51,5% und 27,9% in den Südprovinzen erringen können, während im Westen nur 0,7% für Janukowytschs Partei zu stimmen bereit gewesen wären und magere 6,7% im Zentrum. Juschtschenkos Partei hingegen hätte 44,4% im Westen, 20,2% im Zentrum, 11,5% im Süden und 5,9% im Osten des Landes erhalten. Einen grosso modo ausgeglichenen Wert erzielte am Jahresende 2005 BJUT mit 32,2% im Westen, 28,6% im Zentrum, dagegen 9,5% im Süden und 6,5% im Osten. Dieses Umfrageergebnis wurde durch die Wahlen bestätigt: <<http://www.angus-reid.com/polls/index.cfm/fuseaction/viewItem/itemID/10641>>.

niederschlug. In Tabelle 3 (S. 19) werden jene Regionen erfasst, in denen die drei großen Parteien mehr als ein Viertel der Stimmanteile erhalten haben.

Die Ukraine ist ein Land der Regionen. Die historische, kulturelle und sprachliche Differenzierung macht zudem ihren Charakter als Übergangsraum zwischen dem europäischen Westen und dem Osten des Kontinents aus. Die Vertiefung der politischen Widersprüche lässt sich nur durch Integrationsbemühungen und durchgreifende Reformen vermeiden. Dabei müssen die sozialen Prägungen und Interessen der regionalen Clans in Rechnung gestellt werden. Die Strategie des Populismus, die von Julija Tymoschenkos Wahlbündnis verfolgt wurde, bringt nur befristete Erfolge. BJUT allein konnte im Westen, im Zentrum – einer neuen dritten Region der Ukraine mit Tschernihiw, Sumi, Teilen Charkiw und Odessa, in der sich die Wählerstimmungen überlappen und eine Vermischung der politischen Überzeugungen zu beobachten war – und teilweise auch im Osten punkten. In 13 Regionen, das zeigt Tabelle 3, erreichte BJUT zwischen 25% und 44% der Stimmanteile, während der Juschtschenko-Partei dies nur in drei und der »Partei der Regionen« immerhin in zehn Regionen gelang. Die Tatsache, dass eine politische Kraft des Landes zumindest ansatzweise landesweites Zustimmungspotential besitzt, relativiert zugleich die These von einem »ewigen« Ost-West-Gegensatz in der Ukraine.

Mehrere Gebietseinheiten der Ukraine (Charkiw, Luhansk, Krim) erhoben im Mai 2006 die russische Sprache zur zweiten regionalen Amtssprache neben dem Ukrainischen und lösten damit einen »Sprachenkrieg« aus. Dieser Akt kann als Reflex auf die Instrumentalisierung der regionalen Verschiedenartigkeit des Landes durch politische Eliten interpretiert werden. Der auf nationaler Ebene schwelende Konflikt zwischen einer auf Westorientierung setzenden Regierung und den Interessengruppen aus dem Ostteil des Landes findet hier eine regionale Entsprechung. Die Politisierung der Sprachenfrage verweist auf die kulturelle Dimension der ukrainischen Transformationskrise. Zusätzlich schlägt sich dabei die regionale Differenzierung in der Zusammensetzung der Parteien und Wahlbündnisse nieder, da die vorderen Fraktionsreihen in der Rada fast ausschließlich von lokalen Interessen verpflichteten Politikern, Unternehmern oder Medienvertretern besetzt wurden.

Erstmals in der postsowjetischen Zeit erfolgten die Wahlen zur Werchowna Rada nur über Listen von Parteien und Wahlplattformen. Das neue Wahlgesetz sah

zudem ein »imperatives Mandat« für Abgeordnete vor: Demnach sind Fraktionswechsel während des Wahlkampfes und vor allem nach der Wahl grundsätzlich verboten. In der Vergangenheit hatte die hohe Frequenz der Fraktionswechsel von Abgeordneten im ukrainischen Parlament für schwankende Mehrheiten und Diskontinuität der Legislative gesorgt.<sup>42</sup>

Etwa die Hälfte der Abgeordneten der alten Rada, einschließlich der Technokraten und bisherigen Regierungsmitglieder, ist auch im neuen Parlament vertreten.<sup>43</sup> Hinzu kommt die Gouvernementsbürokratie, die sich nach dem Ausscheiden aus der Gebietspolitik weiterhin über einen Parlamentssitz absichert.<sup>44</sup> Die Nomenklatura sieht sich nur gestützt auf die Abgeordnetenimmunität in der Lage, ihre Interessenpolitik auf nationaler und regionaler Ebene umzusetzen. Neben den Vertretern der bisherigen Machtvertikale werden im neuen Parlament jedoch vor allem regional und sektoral geprägte Interessengruppen präsent sein.

Der Wahlkampf kam einem »Sturm auf die Rada« gleich, da diese seit der Orangen Revolution an Profil und seit der Verfassungsänderung an politischem Gewicht gewonnen hat. Künftig wird sie ein Ort des direkten Aufeinandertreffens unterschiedlicher politischer, regionaler und wirtschaftlicher Interessen sein. Daran knüpft sich die Hoffnung auf ein Aushandeln politischer Kompromisse zugunsten durchgreifender Reformen. Zugleich wächst aber auch die Gefahr, dass Korruption, außerpolitische Interessen-

42 Die Änderungen zum Wahlgesetz finden sich auf der Website der Zentralen Wahlkommission der Ukraine: <[http://www.cvk.gov.ua/laws/vib\\_ndu\\_2006.htm](http://www.cvk.gov.ua/laws/vib_ndu_2006.htm)>.

43 Darunter Premier Jechanurow, der Sekretär des Sicherheitsrates Anatolij Kinach, die vormaligen Vizepremiers Stanislaw Staschewskij und Wjatscheslaw Kirilenko, Außenminister Borys Tarasjuk, der vormalige Justizminister Serhij Holowatyj, der frühere Minister für Kohleindustrie Viktor Topolow, Bildungs- und Wissenschaftsminister Stanislaw Nikolaenko und der vormalige Landwirtschaftsminister Olexander Baraniwskij.

44 Die Gebietschefs von Kirowohrad (Eduard Sejnalij), Poltawa (Stepan Bulba) und Odessa (Wasyl Puschko) haben den Sprung ins Parlament geschafft und damit den Immunitätsanspruch erworben, der ihre weitere politische Karriere schützen soll. Die vormaligen Gouverneure von Charkiw (Jewhen Kuschnarew), Luhansk (Olexander Jefremow) und Donezk (Anatolij Blisnjuk), die nach der Orangen Revolution ihre Posten verloren hatten, zogen ebenfalls in die Werchowna Rada ein. Einen Sitz im neuen Parlament hat auch der Chef des Parlaments der Autonomen Republik Krim (Borys Dejtsch).

Tabelle 3

## Wahlergebnis der drei größten Parteien nach Regionen mit mehr als 25%-Stimmanteil

Partei der Regionen (PRU)		Block Julija Tymoschenko (BJUT)		Block »Unsere Ukraine« (UU)	
Region	Stimmen (%)	Region	Stimmen (%)	Region	Stimmen (%)
Luhansk	74,27	Kiew (Gebiet)	44,47	Iwano-Frankiwsk	45,04
Donezk	73,63	Wolhynien	43,86	Lemberg	37,94
Sewastopol	64,25	Kiew (Stadt)	39,22	Transkarpatien	25,77
Krim	57,92	Tscherkassy	38,23		
Charkiw	51,66	Chmelnyzkyj	35,55		
Saporischschja	51,23	Ternopil	34,49		
Mykolajiw	50,35	Tschernihiw	33,84		
Odessa	47,48	Sumy	33,24		
Dnipropetrowsk	44,95	Winnyzja	33,23		
Cherson	39,14	Riwne	31,30		
		Tscherniwzi	30,34		
		Kirowohrad	30,12		
		Poltawa	26,80		

Quelle: Zentrale Wahlkommission der Ukraine, <<http://www.cvk.gov.ua>>.

konkurrenzen bis hin zum Einsatz von Gewalt das Tagesgeschäft der Ukraine bestimmen.<sup>45</sup>

### Oligarchen und »Chauffeure«: Interessengruppen in der Werchowna Rada

Die Orangene Revolution hat zwar eine neue Transparenz der Medien herbeigeführt, doch in das Gewebe von Medien, Wirtschaft und Politik sind unterdessen zahlreiche ausländische Anteilseigner verwoben.<sup>46</sup> Die

<sup>45</sup> Seit den Parlaments- und Kommunalwahlen am 26.3.2006 sind mehrere Abgeordnete ermordet worden. Allein im Juni kamen ein Stadtratsmitglied von Neschin und das Mitglied der Fraktion BJUT des Stadtrates von Zaporischschja gewaltsam ums Leben. »Ubit ešče odin člen frakcii BJUT« [Noch ein Mitglied der BJUT-Fraktion wurde ermordet], in: *korrespondent.net*, 11.6.2006, <<http://www.korrespondent.net/main/155997>>.

<sup>46</sup> Landesweite Fernsehkanäle und deren Besitzer: Fernsehkanal INTER (ORT, Russland, »Delovoj mir«, »Pegas Televedenie«); Fernsehkanal »Studio 1+1« (Olexander Rodjanski, »Inter Media«, Ukraine); Fernsehkanal ICTV (»Royal Capital«, »Central'nyj Moskovskij depozitarij«, Russland, »Promidija«, »Agenstvo informacionnych technologij«, unbekannter Anteilseigner mit Code-Nr. 13418356); Fernsehkanal »Novyj kanal« (»INNOTECH«, »NK-Holding«); Internationales Medienzentrum STB (»Internationales Medienzentrum«, »Šačar enterprajzes ink.« [USA], Koporacija »Intern'jus netuoron« [USA]); Fernsehkanal TET (Igor' Surkis, »Investprojekt«, »OMETA private«, »Sunifleon Holding Limited« [Virgin Islands]),

Medienfreiheit ist zugleich ein Reflex auf die Tatsache, dass die Aufteilung des Medienmarktes in der Ukraine weitgehend abgeschlossen ist. Die staatliche Überwachung und Kontrolle ist deutlich geringer geworden. Dagegen nehmen die Inhaber ihre Interessen verstärkt wahr. Zur Absicherung ihrer Marktpositionen streben verschiedene einflussreiche Medienakteure zusätzlich ein Abgeordnetenmandat im Parlament an. Der Chef des Staatskomitees für Fernsehen und Rundfunk (Iwan Tschisch), die Hauptproduzentin des die Senders 1+1 (Olha Herasimjuk) und der Chef des ukrainischen Staatsfernsehens und rechte Hand Viktor Janukowytschs (Eduard Prutnyk) zogen ebenso ins Parlament ein wie die Pressechefin des Gebietsrates von Donezk (Olena Bondarenko). Ein Mandat erkämpften sich auch der Chefredakteur der Zeitung

»Shonest Investments Limited« [Virgin Islands]); Fernsehkanal »Ekspress-inform/5. Kanal« (Ukrainiskij promyšlennoinvesticionnyj koncern«, »Ekspressinform-studija«); Fernsehkanal »NBM/5. Kanal« (»Cacao and Shugar International« [Belgien], »Transat-Brok«); Fernsehkanal NTN (»Kapitalinvest«, unbekannt juristische Person mit Code-Nr. 32727508); Rundfunkstation »Naše Radio« (»Interuky Holdings Limited« [Zypern], Olexander Volkov, unbekannt juristische Person mit Code-Nr. 23512955).

Die Angaben nach »Chel'sinskij sojuz obnarodoval spisok vladel'cev telekanalov v Ukraine« [Helsinki-Union veröffentlichte die Liste der Besitzer von Fernsehkanälen in der Ukraine], in: *korrespondent.net*, 24.1.2006, <[http://www.korrespondent.net/display\\_print.php?arid=143069](http://www.korrespondent.net/display_print.php?arid=143069)>.

*Swaboda* (Oleh Ljaschko), der Inhaber des Rundfunksenders Era und der Zeitung *Kiewskij telegraf* (Andrij Derkatsch) sowie der Chefredakteur der *Selskie westi* (Iwan Spodarenko). Hinzu kommt, dass die Medien gemeinsam mit kommerziellen Unternehmen zunehmend Gewinne aus dem politischen Alltag ziehen. Die Wahlen im März 2006 waren so kostspielig wie noch nie in der postsowjetischen Ukraine; Beobachter sprachen vom teuersten Wahlkampf im postsowjetischen Raum insgesamt, was ganz entscheidend mit der finanziellen Ausstattung der politischen Akteure zusammenhängt.<sup>47</sup>

Die Vermischung der staatlichen Gewalten in der ukrainischen Politik lässt sich durch die Präsenz der Judikative im neuen Parlament besonders gut veranschaulichen. So zogen der Vorsitzende des Obersten Wirtschaftsgerichts der Ukraine (Dmytro Prytyka) und der Vorsitzende des Obersten Gerichts der Ukraine (Wasył Maljarenko) in das Parlament ein. Schließlich hat sich auch der vom Posten des Obersten Richters der Ukraine entbundene Wjatoslaw Piskun ein Mandat in der Rada erkämpft.

Im neuen Parlament werden die Netzwerke sichtbar, die bis auf weiteres die ukrainische Politik bestimmen werden. Die »Kutschmisten«<sup>48</sup> bleiben mit der Regierungsbildung aus Oligarchen, Postkommunisten und Juschtschenko-Leuten Teil der politischen Klasse in der Ukraine. Um ein Mandat haben sich auch in Zusammenhang mit der Entlassung der Regierung Tymoschenko in die Kritik geratene Juschtschenko-Parteigänger wie Olexander Tretjakow bemüht, der vor seiner politischen Karriere seit 1993 am Gashandel mit Russland verdiente und nach dem orangenen Sieg in die Aufsichtsräte der Staatskonzerne Ukrtelekom und der Oschtschadbank eintrat. Der Pressechef Julija Tymoschenkos, Witalij Tschepinoha, fühlte sich ebenfalls zu einer Karriere als Abgeordneter berufen. Desgleichen haben der Vorsitzende des Anti-Monopol-Komitees (Olexij Kostusew) und der Chef der Gewerkschaftsföderation (Olexander Stojan) einen Parlamentssitz ergattert.

<sup>47</sup> Dies machte es den Parteien und den hinter ihnen stehenden Netzwerken möglich, im Wahlkampf eine Sendeminute in der Primetime (18–22 Uhr) im TV-Kanal »1+1« zu finanzieren. Die Kosten pro Sekunde wurden mit 1079–1139 Hrywna (180–190 Euro) angegeben; vgl. Anatolij Štan'ko, »Chto finansue informacijnu vijnu proty vyborciv?« [Wer finanziert den Informationskrieg gegen die Wähler], in: *Den'*, (24.3.2006) 48, S. 21.

<sup>48</sup> Durkot, »Ukraine: die durchwachsene Bilanz für »Orange« [wie Fn. 6].

Zahlreiche Oligarchen und Businessleute bringen im Parlament wirtschaftliche Interessen zur Geltung und finanzieren politische Ambitionen der Parteien und Gruppierungen, die sie vertreten. In der vorangegangenen Legislaturperiode befanden sich unter 450 Abgeordneten 300 Millionäre (Vermögen in Dollar gerechnet). In der Tendenz ist das im neuen Parlament ähnlich.<sup>49</sup> Die »Partei der Regionen« wird von Geschäftsleuten, Direktoren und Administratoren der Schwerindustriestandorte und der angeschlossenen Wirtschafts- und Finanzsektoren im künftigen Parlament repräsentiert.<sup>50</sup> Dabei werden die Wirtschaftsstrukturen teils direkt, teils indirekt (durch die sogenannten »Chauffeure«) vertreten: Mit Rinat Achmetow schaffte einer der großen Oligarchen für die von ihm finanzierte »Partei der Regionen« den Sprung in die Werchowna Rada. Der Oligarch und ehemalige Abgeordnete Olexander Wolkow steht dieser Partei ebenfalls nahe. Andere Wirtschaftskapitäne, etwa die Brüder Olexij und Olexander Jaroslawskij (UkrSibbank) oder Viktor Pintschuk (Interpipe), entsenden Vertreter in die Rada. Ihor Kolomoiskyj (Gruppe »Privat«, Nikopolsker Eisenlegierungswerk) steht BJUT nahe, während Serhij Taruta (Vorsitzender des Industrieverbandes Donbass und Inhaber der polnischen Huta Chzestochowa) sich von der Unterstützung der Juschtschenko-Partei politische Vorteile erhofft.

Russisches Kapital ist ebenfalls im neuen Parlament präsent. Der ehemalige Wirtschaftsminister Waleri Choroschkowskyj, Anteilseigner beim russischen Metallriesen EwrasHolding, oder der aus Russland stammende Geschäftsmann Konstantin Grigorischin (Gruppe »Energetischeskij standart«) sichern ihre wirtschaftlichen Interessen über die linken Parteien ab, vor allem die Kommunisten.<sup>51</sup> Die anhaltende

<sup>49</sup> Štan'ko, »Chto finansue informacijnu vijnu proty vyborciv?« [wie Fn. 47].

<sup>50</sup> Zur Vorgeschichte ausführlich Heiko Pleines, *Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004*, Münster 2005 (Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Bd. 19).

<sup>51</sup> EwrasHolding unterstützt im russischen Parlament die Partei der Macht »Einheitliches Russland«. Grigorischin investierte in den neunziger Jahren mehr als 370 Mio. US-Dollar in die ukrainische Metall- und Maschinenbauindustrie, hielt nach einem Schattengeschäft mit Hrihory Surkis Anteile am Fußballklub Dynamo Kiev, bevor er sich nach seiner Verhaftung 2002 vom Kiewer Clan um Surkis und Medwetschuk trennte und Juschtschenko unterstützte; vgl. »Russian Businessman Arrested in Ukraine Continues Hunger-strike of Potest«, in: *pravda.ru*, 18.10.2002, <<http://english.pravda.ru/society/2002/10/18/38367.html>>; »Criminal Tactics of Kuch-

Oligarchisierung des Parlaments wird eine Stabilisierung der Legislative eher erschweren als fördern.

## Parteien als personenzentrierte Netzwerke

Parteien haben in der Ukraine noch keine reale politische Bedeutung. Wie die aufreibenden Koalitionsverhandlungen zeigten, sind die politischen Parteien des Landes noch immer eher personenzentrierte und oligarchenfinanzierte Interessenverbindungen. Nach dem Rückzugstrend der linken Parteien und der Diskreditierung der sozialdemokratischen Parteien bildet sich in der Ukraine längerfristig eine Zweiparteienlandschaft heraus, die sich in ihren Umrissen in Gestalt der orangenen Kräfte und der »Partei der Regionen« bereits abzeichnet. Für die aktuelle Analyse sind die Netzwerkbeziehungen innerhalb der Parteien und Wahlbündnisse von Interesse.

### »Unsere Ukraine« (UU)

Zur Volksunion »Unsere Ukraine« (*Nascha Ukrajina*) gehörten während des Wahlkampfes neben der gleichnamigen Juschtschenko-Partei heterogene politische Interessengruppen. Das Spektrum reichte vom nationalistischen Rand bis zur liberalen Unternehmervereinigung, vom »Kongress ukrainischer Nationalisten« über die »Christlich-demokratische Union«, die »Ukrainische Republikanische Versammlung«, die »Volksbewegung der Ukraine« bis zur »Partei der Industriellen und Unternehmer«. Die Wirtschaftseliten in den Reihen der Regierungspartei »Unsere Ukraine« haben in der Zeit der orangenen Regierungen ihren finanziellen Hintergrund im Verborgenen gehalten. Spätestens seit der Septemberkrise im Jahr 2005, die zur Entlassung der Regierung Tymoschenko führte, rückten die orangenen Oligarchen in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Für Verwirrung sorgten vor allem die Finanzstrukturen des ehemaligen Chefs des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine, Petro Poroschenko, nicht zuletzt in der westlichen Öffentlichkeit. Im neuen ukrainischen Parlament werden zahlreiche Wirtschaftsführer versuchen, die Juschtschenko-Kräfte zu stabilisieren.<sup>52</sup> Der im

ma's Government«, 17.12.2002, in: <<http://www.brama.com/survey/messages/21838.html>>.

<sup>52</sup> Zu ihnen gehören Mykola Martynenko und Dawyd Schwanija (Brinkford), Wolodymyr Poljatschenko (Kiew-

Umkreis Juschtschenkos agierende Leonid Tschernowezkyj, Inhaber der Praveks-Bank, hat sich bei den Bürgermeisterwahlen von Kiew durchgesetzt. Im Dunstkreis der Regierungspartei haben sich drei Finanz-Industrie-Gruppen (FIG) formiert, die den finanziellen Background des Juschtschenko-Lagers bilden.

### »Ukrprominvest«

Petro Poroschenko, umstrittener Sponsor der orangenen Bewegung, gilt noch immer als einer der einflussreichsten Berater des Präsidenten und zugleich als Todfeind Julija Tymoschenkos. Zunächst war Poroschenko als Mitglied der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (SDPU [o]) fester Bestandteil des Kutschma-Lagers. Im Jahr 2000 verließ er die Partei Kutschmas und Medwedtschuks und trat in die »Partei der Solidarität« ein, deren Vorsitzender er wurde. Wenig später führte Poroschenko diese Partei in die »Partei der Regionen« und war zugleich Vorsitzender der Fraktion »Solidarität« im dritten postsowjetischen Parlament der Ukraine. 2001 schloss er sich der Bewegung »Unsere Ukraine« an. Regionale Hochburg Poroschenkos ist die Stadt Winnyzja sowie große Teile des gleichnamigen Gebiets in der westlichen Zentralukraine. Der von ihm gegründete Konzern Ukrprominvest gehört zu 98 Prozent der in Zypern registrierten Agroprodimpex Coop.<sup>53</sup>

miskbud) und Petr Poroschenko (Ukrprominvest, Roschen, AKB »Mrija«). Der Chef der Aschio-Bank, Stanislaw Arschewitin, zählt ebenso zum Kreis der orangenen Finanziere wie Olexander Horoschkewitsch (Tschernomornaftohas), Olexij Fedun (IFD »Kapital«) und der Sohn des Kiewer Bürgermeisters, Olexander Omeltschenko jr., der den staatlichen Restaurierungsbetrieb Ukrrestaurazija führt.

<sup>53</sup> Das Unternehmen betreibt die Kiewer Konditoreiwarenfabrik »Karl Marx« sowie Back- und Konditoreiwarenfabriken in Winnyzja, Kremenschuk, Mariupol sowie im russischen Lipezk. Poroschenko stellt 30 Prozent sämtlicher Süßwaren der Ukraine her. Hinzu kommen ein Milchkonservenwerk im Tscherkassker Gebiet, eine Brauerei in Radomyschl, das Dneprowsker Stärke- und Melassekombinat, drei Zuckerbetriebe und zwei Brotproduktwerke. Poroschenko gehört die Mrija-Bank, an weiteren Bankhäusern ist er beteiligt. Der Unternehmer-Politiker kontrolliert außerdem einen Ersatzteilhandel für Automobile (Ukravtosaptschastyna), das Handelshaus ISTA, den Kiewer Schiffsbaubetrieb »Lenin-Schmiede« (29% der Aktien), den Luzker Automobilbetrieb (82,11% der Aktien), das Tscherkassker Autobuswerk, das »Ukrprominvest Auto« sowie die Firma Awtoekspo. Der ehemalige Chef des Sicherheitsrates kontrolliert Medienunternehmen wie Niko,

### »Orlan«

Der Abgeordnete Ewgen Tscherwonenko gründete seit 1988 mehrere Lebensmittelfirmen. Diese Firmen gingen später in dem 1997 gegründeten Mischunternehmen »Orlan« auf, das in der Lebensmittelindustrie, in der Großlogistik und im Speditionsgeschäft tätig ist. Im Jahr 2000 wurde Tscherwonenko vom damaligen Ministerpräsidenten Juschtschenko zum Chef der Behörde für Staatsreserven der Ukraine ernannt. Aus dieser Zeit datiert die Loyalität Tscherwonenos zur orangenen Bewegung und zu Juschtschenko.

### Gruppe Schwanija – Martynenko – Morosow

Der »Dreibund« bildet den Kern einer starken Finanz-Industrie-Gruppe, die seit der Orangenen Revolution den finanziellen Rückhalt für Präsident Juschtschenko sichern hilft. Dawyd Schwanija, zuletzt Minister für Ausnahmesituationen und Tschernobylfragen, sucht ebenfalls im neuen Parlament seinen Einfluss geltend zu machen. Der gebürtige Georgier Schwanija gehörte zu den wichtigsten Sponsoren des Majdan, vor allem als Gründer der auf Zypern registrierten Firma Brinkford Cons. Ltd. Er unterhält Kontakte zu Boris Beresowskij und dem georgischen Präsidenten Saakaschili und wurde zu einer Schlüsselfigur für »Unsere Ukraine«. Dies zeigt zugleich die oftmals übersehene Vielfarbigkeit der orangenen Bewegung.<sup>54</sup> Mykola Martynenko, vormaliger Fraktionschef von Juschtschenkos »Unsere Ukraine«, ist vor allem im Energiemarkt der Ukraine tätig, bisher als erster Stellvertreter des Parlamentskomitees für Heizenergie, Kernenergie und atomare Sicherheit. Ein Handelshaus ist auf seinen Namen registriert; er kontrolliert darüber hinaus das Unternehmen Interport-Kowel. Die Trojka wird komplettiert durch Olexander Morosow, Mitinhaber der »Europäischen Versicherungsallianz gAG« und Vorstandsvorsitzender der Oschtschadank.<sup>55</sup>

Ekspress-Inform, den Winnyzjaer Kanal »Ishtar« sowie den prominenten »5. Fernsehkanal«, der zum Sender der Orangenen Revolution wurde.

<sup>54</sup> Hintergrundgespräch in der Administration des Präsidenten der Ukraine, September 2004. Schwanijas Unternehmen, das an den großen Rüstungsbetrieben von Luhansk beteiligt ist, hält mit dem Energieversorger von Luhansk Anteile am ukrainischen Energiemarkt. Er ist außerdem Vizepräsident der Bank Glomain Holding Ltd. mit Sitz auf Zypern. So bei *Korrespondent*, (19.8.2005) 32, S. 39.

<sup>55</sup> Nachdem »Unsere Ukraine« Anfang August 2006 in das Regierungsbündnis mit den Postkommunisten und den

Die Orangene Revolution war eine Bürgerbewegung, die jedoch ohne die Finanzierung der Juschtschenko-Unterstützer nicht denkbar gewesen wäre. Die einstige Wahlplattform, die als dritte Kraft in das Parlament einzog, stand nach dem Koalitionspoker in Kiew vor einer Zerreißprobe. Ein Teil der Bewegung mit Anatolij Kinach und Jurij Jechanurow an der Spitze trat für ein Bündnis mit der »Partei der Regionen« ein; dagegen lehnten die Westler von »Unsere Ukraine« wie Borys Tarasjuk diese Verbindung ab; die orangene Geldaristokratie wiederum sorgt sich vor allem um die Sicherheit ihrer Finanzen. Wie zur Zeit der Orangenen Revolution droht mit der Regierungsbildung ein massiver Geldabfluss ins Ausland. Vorfristige Neuwahlen, die bei dieser labilen politischen Kräfteverteilung relativ wahrscheinlich sind, würde »Unsere Ukraine« als Plattform nicht überstehen.

### Partei der Regionen (PRU)

Die »Partei der Regionen« führte einen »Revanche-Wahlkampf«, indem sie die Rhetorik der Orangenen Bewegung ironisierte und ins Gegenteil wendete. Als Begründung für das Misstrauensvotum gegen die Regierung Jechanurow Anfang Januar 2006 warf die Parlamentsmehrheit um die »Partei der Regionen« der Regierung und dem Präsidenten den Einsatz »administrativer Ressourcen« zur Durchsetzung parteipolitischer Interessen vor.<sup>56</sup> Zu den Spitzenkandidaten der Partei gehörten neben Viktor Janukowytsch die bisherige Ombudsfrau der Werchowna Rada, Nina Karpatschowa, der ehemalige Gefolgsmann Juschtschenkos und intellektuelle Kopf der Partei, Taras Tschornowil, die charismatische Rajisa Bohatyrjowa und vor allem der aus dem westlichen Steuerexil zurückgekehrte Donezker Oligarch Rinat Achmetow, Präsident des »System Capital Management«. Janukowytschs 25jähriger Sohn Viktor, der ebenfalls ins Parlament einzog, leitet die Jugendorganisation der

»Regionen«-Oligarchen eintrat, zog sich Morosow aus dem Führungszirkel von »Unsere Ukraine« demonstrativ zurück. Vgl. die Angaben in: *korrespondent.net*, 8.8.2006, <<http://www.korrespondent.net/main/160992/>>.

<sup>56</sup> Vgl. das Dokument der Werchowna Rada, in dem der Regierung das Misstrauen ausgesprochen wird: »Postanova Verchownoji Rady Ukrainy Pro Vidstavku Pre'er-ministra Ukrainy, členiv Kabinetu Ministriv Ukrainy« [Beschluss über den Rücktritt des Ministerpräsidenten und des Ministerkabinetts der Ukraine], 10.1.2006, Dokument 3295-15, <<http://portal.rada.gov.ua/>>.

»Regiontschiki«, eine Art »Putin-Jugend« der Janukowytsch-Partei.

Auf den vorderen Parlamentsplätzen der »Partei der Regionen« finden sich sieben große Industriekapitäne des Landes.<sup>57</sup> Die von ihnen repräsentierten sechs Schlüsselunternehmen der ukrainischen Wirtschaft gehören damit zum Einflusskreis dieser Partei, die darüber hinaus die Interessen der mächtigen Oligarchen Achmetow und Wolkow wahrnimmt.<sup>58</sup> Die Wirtschaftsbesitzer der Partei kontrollieren auch einen Großteil der ukrainischen Finanzwelt: Rinat Achmetow gehört neben der Dongorbank die »Erste ukrainische internationale Bank« (PUMB). Bei der PUMB liegen zugleich Anteile des »Partei der Regionen«-Abgeordneten Swjahilskyj. Die Brüder Kljuew, die mit Andrij Kljuew seit August 2006 den Vizepremier für den Energie- und Brennstoffkomplex stellen, besitzen unter anderem Anteile an der »Kommerziellen Bank« und der Aktivbank. Der Medienmagnat und Janukowytsch-Intimus Eduard Prutnyk kontrolliert seinerseits die Ukrbisnesbank.<sup>59</sup> Die Wahlmanipulatoren der Vergangenheit, die zum Teil kriminellen Oligarchen, verschaffen sich über einen Sitz in der Rada Straffreiheit. Über die Regierungsbank können sie sich Rechtssicherheit organisieren. Weitere Privatisierungs-

projekte brauchen die in der Kutschma-Zeit reich gewordenen Inhaber der Großbetriebe nicht zu fürchten. Um diesen Mißstand auf den Punkt zu bringen, haben kritische Stimmen in der Ukraine die Losung des Majdan – »Banditen ins Gefängnis« – spöttisch in »Banditen in die Regierung« umformuliert.

### Block Julija Tymoschenko (BJUT)

Im Wahlblock Julija Tymoschenko sammeln sich Vertreter unterschiedlichster Gruppen: Protagonisten der Vaterlands-Partei Batkiwschtsyna wie Oleksander Turtschynow, vormalige Vizepremierminister wie Mykola Tomenko, Intellektuelle wie der Soziologe Hryhorij Nemyrja und Unternehmer wie der Ukrawto-Chef Tariel Wasadze. Inzwischen streben langjährige Berater der Parteichefin selbst eine politische Karriere im Parlament an, zum Beispiel Dmytro Wydrin. Der Wahlblock, der sich hinter der Abkürzung BJUT verbirgt, kann in seiner Zusammensetzung als ausgewogene Wahlplattform mit zahlreichen profilierten Programmstrategen gelten. BJUT verfügt mit Tomenko, Nemyrja und Wydrin über erfahrene Politberater, die das Profil der Fraktion prägen und zugleich das inhaltliche Programm der Parteichefin stärken. Die wichtigste Sponsorin des Blocks Julija Tymoschenko ist dessen Vorsitzende: Tymoschenko verfügt noch immer über erhebliche Finanzmittel, die aus den Einnahmen der »Vereinigten Energiesysteme der Ukraine« in den neunziger Jahren stammen.<sup>60</sup>

<sup>57</sup> Heorhij Skudar (Nowokramatorsker Maschinenbaubetrieb gAG), Wjatscheslaw Bohuslajew (Motor Sitsch oAG), Jefim Swjahilskyj (»Sasjadko«-Schacht), Andrij und Serhij Kljuew (Ukrpidschypnyk Coop. und Service-Invest), Mykola Jankiwskyj (Styrol) und Walentin Landyk (Nord).

<sup>58</sup> Weitere Unternehmer in der Kandidatenliste waren: Leonid Lytwynow (Enakiewsker Metallbetrieb), Anton Pryhodskyj (Interregionaler Industrieverband), Olexij Bjelyj (Metallkombinat »Asowstal«), Olexander Sawtschuk (Mariupoler Betrieb für Schwermaschinenbau), Borys Petrow (Ukrainischer Grafit), Wasyl Horbal (Ukrhasbank), Ihor Schkirja (Iltasch), Leonid Klimow (FIG »Primorje«, Imeksbank), Oleh Zarew (Nowomoskowsker Kombinat für Brotprodukte), Ihor Humenjuk (Gruppe »ARS«), Serhij Momot (Danko), Olexander Wilkul (Serwernyj GOK), Walerij Bewsenko (Keramet), Pawel Korsch (Pawlogradugol), Pawel Klimez (Olimp), Viktor Bondarenko (Ukragroinvest), Stanislaw Melnyk (Ljuks).

<sup>59</sup> Neben der unmittelbar mit Donezk verbundenen Wirtschafts- und Finanzelite finden sich bei den Repräsentanten der Partei der Regionen auch andere regionale Businessgruppen. Leonid Klimow zog als Chef der Odessaer Imeksbank über Platz 39 auf der Parteiliste in das Parlament ein. Über den Listenplatz 37 bekam der einflussreiche Kiewer Unterstützer der Partei der Regionen, der Chef der Ukrhasbank und Abgeordnete Wasyl Horbal, erneut einen Sitz in der Rada. Er pflegt die Verbindungen zur ukrainischen und russischen Gasindustrie, zwischen Gasprombank und Naftohas Ukrainy. Horbal ist in dieser Funktion im Hintergrund eine der Schlüsselfiguren im Gaskonflikt mit Russland.

<sup>60</sup> Finanzkräftige Partner sind Konstantin Schewago, der Inhaber der »Finanzen und Kredit«, und Olexander Burjak (Brokbisnesbank). Tariel Wasadze gehört zu den großen Akteuren der ukrainischen Automobilindustrie. Andere wie Nikolaj Kowsew (Intertrans), Wasyl Chmelnyzkyj (der Inhaber des Zaporoscher Stahlwerkes, Saporoschstal) und Stepan Hluz (der Chef des Nemirower Spirituosenwerkes, Nemirowskij spirtsawod) ergänzen das personelle Portfolio der finanzstarken Tymoschenko-Gruppe. Julija Tymoschenko hat rechtzeitig ihre Beziehungen zu Moskau verbessert. 2005 zahlte sie als Premierministerin nicht nur eine Staatsschuld von 386 Mio. US-Dollar an das russische Verteidigungsministerium zurück, bei ihrem Moskau-Besuch im September 2005 wurden auch anhängige Rechtsverfahren ausgesetzt. Die Vorgeschichte wird dargestellt in: Rainer Lindner, *Die Ukraine zwischen Transformation und Selbstblockade. Wirtschaft, Politik und Parteien; regionale und ausländische Interessen vor den Parlamentswahlen 1998*, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, 1998 (SWP-Arbeitspapier 3058), S. 53f; Pleines, *Ukrainische Seilschaften* [wie Fn. 50].



### **Sozialistische Partei der Ukraine (SPU)**

Die Sozialistische Partei der Ukraine von Olexander Moros war entscheidend am Sieg Juschtschenkos bei der Orangen Revolution beteiligt. Mit seinem unverhofften Ausscheiden aus der im Frühsommer gebildeten neuen orangenen Koalition hat Moros aber auch das politische Ende des Präsidenten eingeleitet. Moros hatte nach dem ersten Wahlgang im November 2004 seine Kandidatur zurückgezogen und seine Wähler aufgefordert, die Stimmen auf den späteren Präsidenten zu übertragen. Dies geschah, wie alsbald bekannt wurde, nicht ohne Gegenleistung. Moros ließ für Funktionäre seiner Partei in den Verwaltungsstrukturen des Landes etwa 6000 Stellen vorsehen, für den Fall eines Wahlsiegs Juschtschenkos; ein großer Teil dieses Kontingents wurde tatsächlich beansprucht; der Posten des Innenministers in der Regierung Tymoschenko ging beispielsweise an Jurij Luzenko.

Am 6. Juli 2006 ließ sich Moros mit den Stimmen von Kommunisten und der »Partei der Regionen« zum Parlamentssprecher wählen; der Vorsitzende der SPU und Teile seiner Partei konnten offensichtlich den Verlockungen eines Amtes oder materieller Zuwendungen durch die »Partei der Regionen« nicht widerstehen. Das überraschende Hinüberwechseln in das Lager des politischen Gegners zeigt deutlich die Beliebtheit politischer Überzeugungen und das Ausmaß an Korruption innerhalb der politischen Elite des Landes. Moros hatte sich schon im Wahlkampf mit einer Gruppe ehemaliger roter Direktoren umgeben, um im Finanzwettkampf des neuen Parlaments mithalten zu können. Dazu zählen Wolodymyr Bojko (Metallkombinat »Iljitsch«), Olexij Hontscharow (Norddonezker »Asot«), Anatolij Buhaz (Turboatom) und Wolodymyr Badahow (Poltawaer GOK). Einige Banker wie Viktor Subotin (Megabank) und Mychailo Hontscharow (Osteuropa-Bank) ergänzen das Bild. Diese Gruppe hat den Lagerwechsel ihres Parteichefs von Orange zu Blau – der Farbe des Janukowytsch-Lagers – vorbehaltlos befürwortet.<sup>61</sup>

Die Fraktion der SPU ist eine Mischung aus liberalen Unternehmern und den Staatskommunisten der Vergangenheit. Der Verkauf von Grund und Boden, die Privatisierung landwirtschaftlicher Flächen oder ein Nato-Beitritt der Ukraine sind mit der Mehrheit der Sozialisten nicht zu machen. Die Versorgung von

Mitgliedern der Moros-Partei mit Ämtern ist ein deutlicher Indikator für den abnehmenden Reformmut in der politischen Klasse der Ukraine.

### **Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)**

Die Kommunistische Partei war zu den Parlamentswahlen allein und ohne Koalitionsaussage angetreten. Zwar konnte sie fünfzehn Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion noch immer die personalstärkste Kandidatenliste aufstellen, doch schaffte die Partei von Petro Symonenko nur mit Mühe den Einzug in die Rada. Den Kommunisten fehlte vor allem der finanzielle Hintergrund der anderen politischen Kräfte. In ihren Reihen finden sich weder Oligarchen noch spannen regionale Clans kommunistische Abgeordneten für ihre Interessen ein. Während die ukrainische Bevölkerung die KPU mit nur 3,66 Prozent der Stimmen in die Geschichte verabschiedet hat, wurde die Partei im Machtpoker als Mehrheitsbeschaffer der links-oligarchischen Antikrisen-Koalition remobilisiert. Angesichts ihrer geringen finanziellen Eigenabsicherung ist damit zu rechnen, dass die Kommunisten die Politik der »Partei der Regionen« mittragen und zugleich außen- und wirtschaftspolitische Akzente im Profil der Regierungskoalition setzen. Die Remobilisierung der Kommunisten gegen den Wählerwillen ist eines der sichtbaren Zeichen der Transformationskrise.

### **Koalitionsverhandlungen und Machtrituale**

Der Wahlkampf in der Ukraine setzte sich über den Wahltag am 26. März 2006 hinaus fort. Die Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen erwiesen sich als Foren für die Machtrituale der beteiligten Partner. Abbruch, Wiederaufnahme von Gesprächen, Geheimgesprächen und Geldzahlungen bestimmten das Bild eines ritualisierten Aushandelns der Macht. Die Macht, die die Bürger in freien Wahlen und mit einem hohen Grad demokratischen Bewusstseins auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene an die Parlamentarier delegiert haben, wurde anschließend in Ressourcenkämpfen der postsowjetischen Eliten verteilt. Die Verhandlungsemissäre der Parteien haben die verfassungsmäßig vorgesehene Frist für die Regierungsbildung in der Ukraine quasi

<sup>61</sup> Vgl. außerdem <<http://www.pravda.com.ua/news/2006/6/15/43024.htm>>.

bis zur letzten Minute ausgeschöpft.<sup>62</sup> In Sondierungsgesprächen der neuen Parlamentsfraktionen sprachen seit Ende März 2006 alle mit allen. Drei Koalitionsszenarien waren es, die zunächst intensiv diskutiert wurden: erstens die »orange-sozialistische Koalition« (Unsere Ukraine–BJUT–Sozialisten), zweitens die »blau-orangene« Koalition (Partei der Regionen–Unsere Ukraine) und drittens die »breite Koalition« (Unsere Ukraine–BJUT–Partei der Regionen). Niemand hatte mit der vierten Koalitionsvariante (Partei der Regionen–Sozialisten–Kommunisten + Unsere Ukraine) gerechnet, die schließlich zum Zuge kam – nach der Ernennung Viktor Janukowytschs zum neuen Premier der Ukraine am 2. August 2006 sowie der Unterzeichnung des »Universals der nationalen Einheit« durch Juschtschenko, Janukowytsch und Moros. Der zerrissene Juschtschenko-Block sprang zuletzt noch auf den davonrollenden Koalitionszug, die Regierungsbildung erfolgte am 3. August 2006.<sup>63</sup>

1. Die orange-sozialistischen Koalitionsverhandlungen begannen am 10. April und scheiterten am 11. Juni 2006. Dafür waren nicht in erster Linie programmatische Unterschiede ausschlaggebend, sondern die unvereinbaren persönlichen Ambitionen der Parteiführer. Roman Bessmertnyj beanspruchte für »Unsere Ukraine« ungeachtet des geringen Stimmenanteils seiner Partei von 13 Prozent eine Wortführerschaft in den Verhandlungen; Julija Tymoschenko war zu Gesprächen ohnehin nur unter der Voraussetzung bereit, dass sie Premierministerin wurde; und Olexander Moros sah sich von Beginn an in der Rolle des Parlamentschefs. Inhaltliche Diskussionen kreisten unter anderem um den Nato-Beitritt der Ukraine und um die Privatisierung in der Landwirtschaft. Weder in der außenpolitischen Debatte noch mit ihrer Position zum Verkauf landwirtschaftlicher Flächen an in- und ausländische Investoren hat sich die Juschtschenko-Partei durchsetzen können. Die Sozialisten um Moros bestanden in den Verhandlungen darauf, dass solche Verkäufe »in den kommenden

zwei bis drei Jahren« nicht möglich sein dürften; bis dahin sollte für diese Frage eine neue Gesetzesregelung gefunden werden. Die Verfechter einer marktwirtschaftlichen Entwicklung des Landes hätten in dieser Koalition stärker als bisher mit den postsowjetischen Traditionalisten des Landes ringen müssen.<sup>65</sup> Olexander Moros und seine Ambitionen auf das Amt des Parlamentspräsidenten sowie der neuerlich geltend gemachte Anspruch der Juschtschenko-Partei auf dieses Amt angesichts einer gesetzten Premierministerin Tymoschenko waren die wesentlichen Gründe dafür, dass die orange-sozialistischen Koalitionsverhandlungen Mitte Juni 2006 abgebrochen wurden.<sup>66</sup> Die Substanz der orangenen Bewegung war aufgebraucht, ihre Protagonisten hatten überwiegend eigene Interessen im Sinn und opferten dafür politische Überzeugungen oder Bedenken. Die Neuauflage von Orange ist nicht am politischen Gegner, sondern an der fehlenden politischen Vision und den Eitelkeiten der Koalitionäre gescheitert.

2. Die blau-orangene Koalition hatte Juschtschenko, der sich aus den Sondierungen und Verhandlungen heraushielt, zu Beginn des ukrainischen Nachwahltheaters selbst ins Gespräch gebracht. Mit einer solchen Koalition sei es möglich, die Mehrheit der Wähler in der Ost- und Südukraine für den Politikprozess der Ukraine zurückzugewinnen. Auch eine Normalisierung des Verhältnisses zu Russland schien in dieser Konstellation leichter. »Unsere Ukraine« und »Partei der Regionen« stimmten inhaltlich nur in zwei Punkten überein: der wirtschaftlichen Stabilisierung der Ukraine und vor allem darin, dass Julija Tymoschenko als Premierministerin verhindert werden müsse. Beide Seiten sahen im Wahlergebnis des BJUT die Gefahr, dass diese politische Kraft bei künftigen Präsidentschaftswahlen obsiegen könnte. Zugleich

62 Ausführlich Rainer Lindner/Tobias Meyer, *Nach der Wahl. Koalitionspoker in der Ukraine*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2006 (SWP-Aktuell 23/06), <[http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?id=1671](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1671)>.

63 Julija Mostovaja, »Varianty eksperimentov« [Varianten der Experimente], in: *Zerkalo nedeli*, 15.7.2006, <<http://www.zerkalo-nedeli.com/ie/show/606/53994/>>. Der Text des Universals findet sich in: »Universal nacional'noji ednosti«, in: *Ukrajins'ka pravda*, 3.8.2006, <[http://www.pravda.com.ua/news\\_print/2006/8/3/45537.htm](http://www.pravda.com.ua/news_print/2006/8/3/45537.htm)>.

64 In aktuellen Umfragen sprechen sich ca. 20 Prozent der Bevölkerung für einen Nato-Beitritt aus.

65 Zu den Koalitionsgesprächen vgl. »Soglasen tekst koalicionnogo soglasenija« [Der Inhalt des Koalitionsvertrages wurde vereinbart], in: *korrespondent.net*, 9.6.2006, <<http://www.korrespondent.net/main/155969>>, sowie »Prem'eriada ta spikeriada-2006: koalicija v ramkach Konstituciji j u mežach zamknutoho kola« [Premieriade und Speakeriade: Koalition im Rahmen der Verfassung und in einem geschlossenen Kreis], in: *Ukrajins'ka pravda*, 9.6.2006, <<http://www.pravda.com.ua/news/2006/6/9/42747.htm>>.

66 »Naša Ukraina« rossorilas' s Tymoschenko i Morozom i chočet svoego prem'era« [»Unsere Ukraine« hat mit Tymoschenko und Moroz gestritten und will einen eigenen Ministerpräsidenten], in: *Ukrajins'ka pravda*, 13.6.2006, <<http://www.pravda.com.ua/ru/news/2006/6/13/41739.htm>>. Am 13. Juni 2006 hielt der Verhandlungsführer von »Unsere Ukraine«, Bessmertnyj, wieder »jede« Koalition für denkbar.

lagen die politischen Differenzen von »Blau-Orange« klar auf der Hand. Als Vertreter des Regierungslagers nannte Außenminister Borys Tarasjuk im Mai 2006 in den Sondierungsgesprächen drei Bedingungen für eine Einigung mit der »Partei der Regionen«: erstens die Absage an jegliche Föderalisierungspläne, zweitens die Aufgabe der Forderung, Russisch als zweite Amtssprache zuzulassen, und drittens die Anerkennung der Westorientierung der Ukraine. Da diese Bedingungen zentrale Punkte des Programms der »Partei der Regionen« berühren und die Auseinandersetzungen in der Sprachenfrage unterdessen eher noch an Schärfe gewonnen haben, schrumpfte die politische Schnittmenge der potentiellen Koalitionspartner zusehends. Der politische Preis einer solchen Koalition schien Juschtschenko bis zuletzt zu hoch: Abgesehen vom Verlust an Glaubwürdigkeit als demokratischer Reformler und von den unvermeidlichen Kompromissen in der Außenpolitik würde diese Koalition eine Konsolidierung der ukrainischen Demokratie und die Bekämpfung der Korruption eher erschweren.<sup>67</sup>

3. Die dritte Koalitionsvariante scheiterte sehr schnell an der Ankündigung von BJUT, mit der »Partei der Regionen« grundsätzlich keine gemeinsame Parlamentsmehrheit oder Regierung bilden zu wollen.

4. Ausgangspunkt für die Bildung einer »breiten Koalition« aus »Partei der Regionen«-Sozialisten-Kommunisten und »Unsere Ukraine« war die »Antikrisen-Koalition« aus den »Regionen«, den Sozialisten und Kommunisten. Diese Konstellation wurde möglich, als Oleksander Moros die gerade gebildete orange-sozialistische Koalition wenige Stunden vor Unterzeichnung des Koalitionsvertrages auf Drängen der »Partei der Regionen« verließ. Damit haben sich die Sozialisten als politische Händler ohne Integrität erwiesen und einmal mehr die Labilität der politischen Ordnung erkennen lassen. Die Koalition wurde auf Absprachen errichtet, die eher die Versorgungswünsche der ukrainischen Politiker bedienten als dass sie inhaltlich-programmatischen Abstimmungen folgten.<sup>68</sup>

Diese Koalition der »Vier« ist ein Übergangsphänomen. Die Transformationskrise der Ukraine hat noch

einmal die Rückkehr der Postkommunisten ermöglicht – immerhin nach den Regeln demokratischer und verfassungsgemäßer Verfahren. Die Bruchlinien bilden sich schon jetzt auf dem Korpus der Institutionen und der in ihnen agierenden Personen ab. Die »Partei der Regionen« erhält unter anderem den Vorsitz im Haushaltsausschuss, der von Kutschmas ehemaligem und Janukowytschs neuem Finanzminister Mykola Asarow geleitet wird, und im Ausschuss für Rechtspolitik unter Ewhen Kuschnarjow, der während der Orangen Revolution noch für die Abspaltung der Südostukraine eingetreten war. Dass im Ausschuss für den Kampf gegen das organisierte Verbrechen der Oligarch Rinat Achmetow tonangebend mitwirken wird, gehört zu den Eigentümlichkeiten der Regierungsbildung. Mit ihm kontrollieren die Oligarchen jetzt jene Instanzen, die ihnen und ihren Ressourcen gefährlich werden könnten.<sup>69</sup> Eine andere Folge der links-oligarchischen Mehrheitsbeschaffung besteht darin, dass der Menschenrechtsausschuss der Rada mit Leonid Hratsch in Zukunft von einem Kommunisten geleitet wird. Den Vorsitz im Ausschuss Wirtschaft und in dem für Außenbeziehungen werden die Moros-Sozialisten übernehmen, letzteren der Kiewer Sozialist Witaliy Schybko.<sup>70</sup>

Auch die Zusammensetzung der fünfzehnten Regierung der postsowjetischen Ukraine vermittelt wenig Hoffnung auf einen Reformkurs. Der Oligarch Kljuew als Vizepremier, Arbeitsminister Papijew, der ursprünglich von der SDPU (o) und damit vom Juschtschenko-Gegner Medwetschuk kommt, Umweltminister Dscharty als einer der schärfsten Juschtschenko-Gegner, Mitorganisator der gewaltsamen Anti-Juschtschenko-Aktion von Donezk am 31. Oktober 2003 und zudem noch ein Mann Achmetows, und schließlich der neue Minister für Kohleindustrie, Serhij Tulub, langjähriger Gegenspieler der orangenen Oligarchen Schwanyja und Marynenko, noch von Kutschmas Gnaden in die Politik lanciert. Diese politischen Akteure werden die Ansätze der orangenen Reformpolitik kaum aufgreifen. Eher wird mit Wirtschaftsminister Makucha, der als ehemaliger stellvertretender Außenminister für eine feste Einbindung der Ukraine in den Gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Russland, Belarus und Kasachstan steht, eine politisch indizierte Integrationspolitik zu erwarten

67 Lindner/Meyer, *Nach der Wahl* [wie Fn. 62], S. 6f.

68 Julija Tymoschenko nannte die Summe von 3 bis 7 Mio. Dollar, die den Abgeordneten der Sozialistischen Partei um Moros von den Oligarchen der Partei der Regionen gezahlt worden seien: »Tymošenko nazvala Janukovyča vovkom«, in: *Ukrains'ka pravda*, 18.7.2006, <[http://pravda.com.ua/news\\_print/2006/7/18/44661.htm](http://pravda.com.ua/news_print/2006/7/18/44661.htm)>.

69 »Antikrizisnaja« koalicija pristupila na razdelu portfelej« [Die »Antikrisen«-Koalition hat mit der Ämterverteilung begonnen], in: *korrespondent.net*, 18.7.2006, <<http://www.korrespondent.net/main/158973>>.

70 Siehe die Übersicht der wichtigsten Ausschüsse, S. 35.

sein, die sich dem postsowjetischen Raum eher verpflichtet fühlt als der EU. Jurij Bojkos Rückkehr als Energieminister ist ein Hinweis darauf, dass dessen persönliche Beziehungen zu RosUkrEnergo benötigt werden, um im Energiestreit mit Russlands Gasprom nicht die letzten Einflussmöglichkeiten zu verlieren. Dass Bojko von Kutschma zum Direktor von Naftohas Ukrajiny gemacht worden war, dass er sich persönlich an den Gasgeschäften bereichern konnte und den suspekten Vertrag mit Gasprom ausgehandelt hatte, fällt dabei offenbar nicht ins Gewicht.

Juschtschenkos Minister sind nur bedingt als Gegengewichte zu dem Personalbestand der »Partei der Regionen« zu bezeichnen. Seine wichtigsten Verbündeten in der Regierung sind die vom Präsidenten verfassungsmäßig zu ernennenden Außen- und Verteidigungsminister Tarasjuk und Hryzenko, wobei Tarasjuk von Beginn an eine große Koalition präferiert hatte. Die persönlich besten Beziehungen unterhält Juschtschenko jedoch zum Innenminister Luzenko, der eine endgültige Entscheidung für eine Zusammenarbeit mit Sozialisten und Kommunisten noch nicht treffen konnte. Während die Sozialisten weiterhin das Bildungsministerium besetzten und mit Verkehrsminister Rudkowskyj einen sozialistischen Kleinoligarchen benannten, der im Aston Martin durch Kiew fährt,<sup>71</sup> erhielten die Kommunisten das Landwirtschaftsministerium und stellen mit Anatolij Holowko den Minister für Industriepolitik. Dieser unterhielt bisher beste Kontakte zum russischen Geschäftsmann Konstantin Grigorischin und seinem Unternehmen »Ewropejskij standart«. Als stellvertretender Gouverneur des Gebietes Saporischschja war er 2005 außerdem für eine gegen die orangene Regierung gerichtete regionale Politik verantwortlich, die am 22. Juni 2006 in diesem Gebiet das Russische als zweite Regionalsprache wieder einführte. Damit sind die Prioritäten des kommunistischen Ministers über sein eigentliches Portfolio hinaus programmiert.

Präsident Juschtschenko treibt in eine problematische Parallelregierung von Administration und Parlament. Die Positionen der Koalitionsparteien in Sachfragen der Innen- und Außenpolitik sind bislang weitgehend unvereinbar. Nachdem »Unsere Ukraine« in das Bündnis der Linken eingetreten ist und damit unter anderem die Volksfront der Ukraine gemeinsam mit den Kommunisten regiert, sind Desintegrationsprozesse des altorangenen Lagers zu erwarten. Die

»Christlich-demokratische Union« der Ukraine hat das Bündnis Anfang August 2006 verlassen, der Juschtschenko-Verbündete Olexander Morosow kehrte Präsidium und Politischem Rat von »Unsere Ukraine« den Rücken; weitere werden folgen und sich womöglich dem Oppositionslager um BJUT anschließen.

Folgende Politikfelder könnten zu Konfliktzonen für die neue politische Macht in Kiew werden: der Haushalt 2007, die Energiepolitik und die Rolle des Zwischenhändlers RosUkrEnergo, die künftige außenpolitische Orientierung der Ukraine, schließlich die weitere Anhebung der Verbraucherpreise für Energie und der Aufschub des Gesetzes über den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen. Die nicht vor dem Herbst 2006 endgültig formierte links-oligarchisch-orangene Regierungskoalition wird mit Julija Tymoschenko auf eine Oppositionsführerin treffen, die sich schon jetzt als letzte aufrechte Demokratin der Ukraine präsentiert. In der Tat ist BJUT als einziger Parteienblock im Machtkampf bei seiner Position geblieben, keine gemeinsame Koalition mit Janukowytsch und den »Regionen« einzugehen.

Der Ukraine stehen unruhige Zeiten bevor. Die Enttäuschung dies- und jenseits des Atlantiks über die vergangenen Wochen des Ringens um die Macht und die geringen Erfolge des ersten orangenen Regierungsjahres wird sich legen. USA und EU werden mit den neuen Partnern in der Ukraine zusammenarbeiten. Dazu gibt es keine Alternative. Ein Scheitern Juschtschenkos hätte fatale Folgen für den postsowjetischen Raum, weit über die Ukraine hinaus. Allerdings muss die Regierungselite in Kiew zeigen, dass sie den politischen Willen besitzt, persönliche Interessen dem Interesse an entschiedenen Reformen unterzuordnen. Die Ukraine hat ein weiteres wichtiges Jahr verloren und sich in Wahlkämpfen verzehrt; es kommt nach der erfolgten Bildung der neuen Koalition darauf an, nicht gleich in den Vorwahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 2009 einzutreten. Die entscheidenden Aufgaben des Präsidenten und seiner Herausforderer werden in den nächsten Jahren neben der Modernisierung der Wirtschaft, der Konsolidierung des Haushaltes und der Sicherung der Sozialleistungen auch die Beilegung der dramatischen Energiekrise sein.<sup>72</sup>

<sup>72</sup> Rainer Lindner, »Pravitel'stvu Janukoviča budet nelegko zavoevat' doverie Zapapda« [Die Regierung wird es schwer haben, das Vertrauen des Westens zu gewinnen], in: *Deutsche Welle-World*, 8.8.2006, <<http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2124321,00.html>>.

<sup>71</sup> Vgl. die Angaben in: *Ukrajins'ka pravda*, 16.11.2005, <<http://www.pravda.com.ua/news/2005/11/16/35691.htm>>.

## Prekäre Energiesicherheit

### Der »Gaskrieg« als Stellvertreterkonflikt

Eine zentrale strategische Aufgabe der Ukraine ist die Sicherung der gefährdeten Energieversorgung angesichts der enormen Erhöhung der Preise für Energieträger, vor allem für Erdgas, das aus Russland und Zentralasien importiert wird. Die Kontrolle über den Energiehandel hat die Ukraine 2006 infolge des Einwirkens zwielichtiger Zwischenhändler und korrupter Staatsbeamter verloren. Die Energiekrise, auf die die Ukraine infolgedessen zusteuert, ist insofern ein Ergebnis der Pfadabhängigkeit ihres Transformationsprozesses. In einer am 4. Januar 2006 auf russischen Druck getroffenen Vereinbarung zwischen Gasprom und Naftohas Ukrajiny erhöhte der russische Erdgaskonzern die Lieferpreise für die Ukraine auf 95 US-Dollar je 1000 Kubikmeter Erdgas. Daraufhin kam es in der Ukraine und in einigen EU-Staaten sehr schnell zu Engpässen bei der Bereitstellung von Erdgas. Schwerindustriebetriebe der Ostukraine erlitten sogar erhebliche Produktionseinbußen.<sup>73</sup> Für die Verbraucher der Ukraine sollten die Preiserhöhungen zunächst keine Auswirkungen haben, da der Regierung und Juschtschenko die damit verbundenen politischen Kosten – auch nach der Wahl – als zu hoch erschienen. Dabei hatte die Regierung bereits vor der Preiserhöhung durch Gasprom geplant, die Preise für Gas um 25 Prozent und für Strom um 20 Prozent anzuheben – ein Vorhaben, das jedoch vom Justizministerium in letzter Minute mit dem Hinweis gestoppt wurde, dass die Gewerkschaften der Ukraine dem entsprechenden Gesetz zustimmen müssten.<sup>74</sup> Gegenwärtig bewegt

<sup>73</sup> Der Vizepräsident der »Industriellen Gruppe« und vormalige Vizeaußenminister der Ukraine, Olexander Tschalij, bezeichnete die Vereinbarung als »Pearl Harbor für die Ukraine«; wiederholt wurde auf die wachsenden Produktionskosten und die verminderte Konkurrenzfähigkeit der ukrainischen Stahlprodukte auf dem ohnehin umkämpften Weltmarkt hingewiesen. Die Schwerindustrie stellte bei der Erzeugung von Energie für die Stahlgewinnung von Erdgas auf Koks um; in einigen Unternehmen im Gebiet Dnipropetrowsk wurde zeitweise der »Energienotstand« ausgerufen.  
<sup>74</sup> Konstantin Šmidt, »Lebed', rak i ščuka gazowych postavok. Povyšenie ceny i nesoglasovannost' mežvedomstvennoj politiki dobyči« [Schwan, Krebs und Hecht. Die Preiserhöhung und fehlende Koordinierung in der zwischenbehördlichen

sich die Ukraine am Rand einer Energiekrise; so macht der staatliche ukrainische Energiekonzern Naftohas Ukrajiny als Folge der geringen Binnenmarktpreise jährlich einen Verlust von 660 Millionen Euro.<sup>75</sup> Am 1. Mai 2006 beschloss die Regierung, die Gaspreise für die Verbraucher um 25 Prozent zu erhöhen.

Im russisch-ukrainischen Gaskonflikt vom Winter 2005/2006 liefen alle Vektoren ukrainischer Innen- und Außenpolitik zusammen: die Interessenkonflikte der ukrainischen Eliten, die Beziehungen zum Ressourcenstaat Russland, die wirtschaftliche Instabilität des Landes sowie die spezifischen Interessen der Regionen und der dort waltenden Oligarchen. Die Ursachen für den Konflikt waren wirtschaftlicher und politischer Natur. Russlands Politik der »Geoökonomisierung« seiner Interessen im nahen Ausland trat dabei deutlich zutage.<sup>76</sup> Der mit Moskau erzielte Energiekompromiss hat nach Ansicht Juschtschenkos zwar das Ende der auf Warenaustausch beruhenden Barterwirtschaft im Rohstoffgeschäft eingeleitet. Da die Vereinbarung jedoch sowohl von den Oligarchen wie auch von Julija Tymoschenko kritisiert wurde, stand der Kompromiss von Beginn an auf schwachen Füßen.<sup>77</sup>

Aus russischer Sicht gab es zwei wesentliche politische Gründe für die Eskalation des Energiekonflikts mit dem südlichen Nachbarn: der Wunsch der Ukraine nach einem Beitritt zur Nato und WTO sowie die Absage der Ukraine, mit Russland, Kasachstan

Politik der Energiewirtschaft], in: *Kiewskij telegraf*, 24.–30.3.2006, S. 1, 6–7.

<sup>75</sup> Ebd. Der Energiekonzern Naftohas Ukrajiny kauft Erdgas für 95 US-Dollar/1000 Kubikmeter und verkauft es an die Kommunen für 41 Dollar, an Budgetorganisationen für 35 US-Dollar und nur an private industrielle Abnehmer für immerhin 80 US-Dollar weiter.

<sup>76</sup> Vgl. dazu Stergos Kaloudis, »Geo-economics and the New Russian Foreign Policy in Ukraine«, in: Gregory T. Papanikos (Hg.), *International Research on Global Affairs*, Athen 2005, S. 209–228.

<sup>77</sup> Viktor Yushchenko, »A Deal to End All Barter«, in: *The Wall Street Journal Online*, 25.1.2006, in: <<http://online.wsj.com/article/SB113814029808055180.html>>. Zu den Vorhaben der Regierung vgl. die Rede Juschtschenkos vor dem Parlament am 9.2.2006, in: *pravda.ua*, 9.2.2006, <<http://www.pravda.com.ua/ru/news/2006/2/9/37590.htm>>.

und Weißrussland am Einheitlichen Wirtschaftsraum (EWR) teilzunehmen. Zu den wirtschaftlichen Gründen<sup>78</sup> gehörten der bis dahin niedrige Preis für russisches Erdgas (50 US-Dollar pro 1000 m<sup>3</sup>), die immensen Schulden, das Barterssystem, wonach russische Gaslieferungen mit den anfallenden Transitgebühren (1,09 US-Dollar/1 Mio. m<sup>3</sup>/100 km) verrechnet wurden, und das Interesse der beteiligten Wirtschaftspartner an ökonomischen Gewinnen. Die Anhebung der Preise erfolgte zwar nicht gänzlich unerwartet, da eine WTO-Mitgliedschaft ebenfalls die Einführung von Marktpreisen für Gas erfordert. Anstößig aus ukrainischer Sicht waren aber der Zeitpunkt und die Dynamik der Anhebung. Putin hatte schon im April 2005 eine Erhöhung der Gaspreise für die Ukraine gefordert; im Juli 2005 stimmte die Russische Staatsduma dann einem Beschluss zu, nach dem Georgien, die Republik Moldau, die Ukraine und die Baltischen Staaten künftig Weltmarktpreise für Erdgas zahlen sollten.<sup>79</sup> Die im orangenen Winter unterlegenen Kräfte um Ex-Premier Janukowytsh, wie auch die zum engeren Kutschma-Kreis gehörenden Vorstände des ukrainischen Energiekonzerns Naftohas Ukrajiny, Jurij Bojko und Igor Woronin, übten als langjährige Kooperationspartner Gasproms und innerhalb von RosUkrEnerg zusätzlich im Sinne der russischen Interessen Druck auf die orangene Führung aus. Bojko wurde zunächst von seinem Amt entbunden, jedoch vom neuen Premier Janukowytsh im August 2006 wieder zum Energieminister ernannt. Russland beeinflusste über den Gaskonflikt auch den Wahlkampf im Nachbarstaat. Teile der Kreml-Administration waren schon länger gemeinsam mit dem Kutschma-Janukowytsh-Netzwerk für die Wiederherstellung der vorrevolutionären Ordnung in der Ukraine eingetreten. Vor allem Naftohas Ukrajiny, in dem Ihor Bakai als Prototyp des Staatsoligarchen in den neunziger Jahren Millionen-Gewinne erzielt hatte, stand immer wieder im Verdacht, eher der persönlichen Bereicherung seiner Vorstände zu dienen als zur Gasversorgung der Ukraine beizutragen.

<sup>78</sup> Roland Götz, *Nach dem Gaskonflikt. Wirtschaftliche Konsequenzen für Russland, die Ukraine und die EU*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2006 (SWP-Aktuell 3/06), <[http://www.swp-berlin.org/de/common/get\\_document.php?id=1548](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1548)>.

<sup>79</sup> Jonathan Stern, *The Russian-Ukrainian Gas Crisis of January 2006*, Oxford: Oxford Institute for Energy Studies, Januar 2006, S. 5.

## RosUkrEnerg – Ende der ukrainischen Energiepolitik

Die Schlüsselstellung im russisch-ukrainischen Ringen um Gaslieferung, Transitgebühren und Gaspreis kommt dem Zwischenhändler RosUkrEnerg AG zu. Da 80 Prozent des russischen Gases über ukrainisches Territorium nach Europa transportiert werden, hatte Gasprom nach einem eigenen, von politischen Konjunkturen im Nachbarland unabhängigen Zwischenhändler Ausschau gehalten.<sup>80</sup> Das 2004 gegründete Unternehmen wickelt seither exklusiv den Transport von zentralasiatischem Gas über das Territorium Kasachstans, Usbekistans und Russlands ab. Darüber hinaus organisiert RosUkrEnerg zusammen mit der ukrainischen Gaseksport AG den Transport von Erdgas nach Westeuropa. Schon nach einem Jahr avancierte das Unternehmen mit dem Verkauf von 40 Milliarden Kubikmeter Erdgas und einem Umsatz von 3,5 Milliarden US-Dollar zum größten europäischen Gashändler.<sup>81</sup>

Im Scheinwerferlicht der internationalen Aufmerksamkeit wurde das Unternehmen unter Druck gesetzt, seine Beteiligungen offenzulegen. Zudem weckte die am 4. Januar 2006 zwischen Gasprom und RosUkrEnerg getroffene Vereinbarung juristische Zweifel.<sup>82</sup> In diesem Papier werden Vereinbarungen

<sup>80</sup> Zur Vorgeschichte siehe ebd., S. 3ff.

<sup>81</sup> In Moskau wurden am 4.1.2006 sieben Dokumente unterzeichnet, doch die Öffentlichkeit wurde nur über eines informiert; vgl. die wichtigsten Informationen bei Julia Mostowaja/Alla Eremenko, »Soveršite vy massu otkrytij (inogda ne želaja togo)« [Sie werden viele Entdeckungen machen (auch wenn man sich das nicht wünscht)], in: *Zerkalo nedeli*, (4.–10.2.2006) 4, <<http://www.zerkalo-nedeli.com/ie/show/583/52513/>>.

Wolfgang Putschek, Vorstand der Raiffeisen Invest AG, die einen Anteil von 50% an RosUkrEnerg hält, sah sich bereits frühzeitig Vorwürfen gegenüber RosUkrEnerg ausgesetzt: Ganna Ljuta, »Evropejskogo ›gazovogo‹ posrednika pytalis' diskreditirovat'« [Ein Versuch, den europäischen Gasvermittler zu diskreditieren], in: *Zerkalo nedeli*, (27.7.2005) 30, <<http://www.zerkalo-nedeli.com/ie/show/558/50836/>>; »Ščedryj ›Gasprom‹. On pozvolil Rosukrenerg zarabotat' \$500 mln. na postavkach gaza na Ukrainu« [Großzügiges Gasprom. Es ließ Rosukrenerg 500 Mio. Dollar an den Gaslieferungen in die Ukraine verdienen], in: *Vedomosti*, (1.2.2006) 16 (eingesehen bei Integrum.com).

<sup>82</sup> Dass es nicht möglich sein konnte, einen Milliardendeal unter Beteiligung von fünf plus zwei Staaten (Ukraine, Russland, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan plus Schweiz und Österreich) auf einer Seite Papier abzuhandeln, wurde spätestens offenkundig, als Anfang Februar 2006 die geheimen Zusatzdokumente bekannt wurden. Der Wortlaut des Dokuments unter: »Stalo izvestno oficial'noe soderžanie

### RosUkrEnerg

- ▶ gegründet am 29. Juli 2004 mit einem Stammkapital von 100 000 Franken; registriert in Zug/Schweiz; an der Spitze steht ein achtköpfiges Koordinationskomitee mit jeweils zwei Vertretern der beteiligten Unternehmen;
- ▶ befindet sich jeweils zu 50 Prozent im Besitz der Gasprombank<sup>a</sup> (über die Arosgas Holding AG) und der Raiffeisen Invest AG (über die Centragas Holding AG); Centragas und Arosgas liegen in der Hand zahlreicher Offshore-Anteilseigner aus Russland, der Ukraine und Drittstaaten;
- ▶ Einflussnahme durch kriminelle Strukturen (international gesuchter Oligarch Semjon Mogilewitsch);
- ▶ Aktiva zum 30. September 2005: 47,7 Milliarden Rubel; Gewinne 2005 bis dahin: 14,3 Milliarden Rubel; plant für 2007 Börsengang.

<sup>a</sup> Vize-Direktor der Gasprombank ist der Sohn des russischen Verteidigungsminister Sergej Iwanow. Er trat diesen Posten mit 24 Jahren an.

über Lagerung, Transport und Verkauf von Erdgas aus Zentralasien bis in das Jahr 2030 getroffen. Interessant ist nicht nur die Tatsache, dass RosUkrEnerg jährlich etwa 500 Millionen US-Dollar am ukrainischen Gasgeschäft verdienen dürfte, sondern auch dass das Ministerkabinett offensichtlich nicht in die Vorgänge und Absprachen eingeweiht war.

Mit dem im Januar erzielten Kompromiss, der auch das Verhältnis der Ukraine zum Westen nicht unberührt ließ und das Vertrauen in Russland und die Ukraine als Gaslieferant bzw. Transitland beeinträchtigte, wird der außenwirtschaftliche Gestaltungsraum der Ukraine deutlich verringert. Der gesamte Gasimport wird vorläufig von einem Unternehmen kontrolliert, auf das die ukrainische Regierung keinen direkten Einfluss hat. Damit kann der politische Druck, den Russland über Gasprom und die Gasprombank auf die Ukraine ausüben vermag, jederzeit erhöht werden. Gasprom – und nach Ansicht einiger russischer Beobachter sogar Putin persönlich – ist der wirtschaftliche Gewinner des Deals.<sup>83</sup>

gazovogo soglašenija« [Der offizielle Inhalt des Gasabkommens ist bekannt geworden], in: *Delovaja nedelja (Kiev)*, 5.1.2006 (eingesehen bei Integrum.com).

<sup>83</sup> Stanislaw Belkowskij, »Novaja gazovaja vojna« [Erneuter Gaskrieg], in: *Ukrajins'ka pravda*, 10.1.2006, <<http://www2.pravda.com.ua/news/2006/1/10/37422.htm>>. Vgl. auch die

Die Ukraine ist de facto kein Vertragspartner in diesem Abkommen. Sie hatte zustimmen müssen, um schlimmere Konditionen zu verhindern. Der Wirtschaftsstandort Ukraine ist durch die Konkurrenz der politischen Interessen innerhalb des Landes nachhaltig beschädigt worden. Das Vertrauen internationaler Investoren, das bereits 2005 gesunken war, schwindet angesichts der gegenwärtigen Turbulenzen weiter. Die Preissteigerung für russisches und – als Folge der Abwicklung über RosUkrEnerg – turkmenisches Gas schwächt die Juschtschenko-Administration und die ukrainische Volkswirtschaft. Hinzu kommen die hinter der Centragas AG verborgenen Interessen ukrainischer und russischer Investoren. Das verdeckte Handeln dieser Akteure nährt die Zweifel, dass die Ukraine als Wirtschaftsstandort in der EU-Nachbarschaft transparent und sicher ist.<sup>84</sup>

Der vereinbarte Preis wurde von Gasprom als »Anfangspreis« im Rahmen der auf fünf Jahre geschlossenen Vereinbarung bezeichnet. Für die zweite Hälfte 2006 kündigte Gasprom eine weitere Erhöhung des von der Ukraine an RosUkrEnerg zu zahlenden Preises auf 110 bis 120 US-Dollar/1000 m<sup>3</sup> an. Bereits in der Januar-Vereinbarung wurde die Gründung eines zusätzlichen Zwischenhändlers festgelegt, der ausschließlich für die Gaslieferungen an die Ukraine zuständig sein sollte. Am 2. Februar 2006 wurde dieses Unternehmen unter dem Namen »UkrGas-Energ« als Joint-venture und Aktiengesellschaft gegründet.

Äußerungen des Direktors des Nationalen Instituts für Strategische Studien in Moskau, Stanislaw Belkowskij: »RosUkrEnerg (das heißt seine hochwürdigen Mitbesitzer aus dem Machtapparat) wird einen Reingewinn in der Größenordnung von 2,3 Mrd. US-Dollar pro Jahr erzielen. RosUkrEnerg erhält von Gasprom weitere 20 Mrd. Kubikmeter zentralasiatisches Gas zum Selbstkostenpreis von ca. 65 US-Dollar/1000 m<sup>3</sup> und verkauft dieses Gas nach Westeuropa – aber für 250–270 US-Dollar. Die Differenz von 4 Mrd. US-Dollar geht natürlich nicht an den russischen Staat. Hier ist ein wahrhaft geniales Schema erdacht worden, bei dem die russische Gasprom faktisch 1,67 Mrd. US-Dollar Zuwendungen an die Ukraine und weitere 2,3 Mrd. US-Dollar an eine Gruppe russischer (und zum Teil auch israelischer und finnischer) Privatpersonen zahlt.«

<sup>84</sup> Im April 2006 wurden Dmitri Firtasch und Iwan Fursin als die beiden Aktieninhaber (90%/10%) der Centragas AG bestätigt. Firtasch, der unter anderem einen Kiewer Basketball-Club besitzt, ist im Zusammenhang mit illegalem Gas-handel von Turkmenistan in die Ukraine genannt worden. Fursin, der dem Kutschma-Lager entstammt, ist Inhaber der Misto-Bank und war Abgeordneterkandidat auf der Liste des Volksblocks Lytwyn. Vgl. »Ukraine Mystery Solved«, *Reuters*, 26.4.2006, zit. nach UKL, Nr. 389, <<http://www.ukrainianstudies.uottawa.ca>>.

Dessen Aufgabe ist der Ankauf von Erdgas aus Zentralasien (Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan) »oder« aus Russland an der russisch-ukrainischen oder belarussisch-ukrainischen Grenze. Die Formulierung »oder« zeigt, dass zu keinem Zeitpunkt der Verhandlungen Lieferungen von teurem russischem Erdgas vorgesehen waren. Während Naftohas Ukrajiny von RosUkrEnergó Gas an der russisch-ukrainischen Grenze für Heizkraftwerke, Abnehmer des öffentlichen Haushalts und Teile der Industrie kauft, ersteht UkrGas-Energó bei RosUkrEnergó ausschließlich Gas für Industrieverbraucher.

Die Ukraine hat auf Umfang und Preis ihrer Gasimporte keinen direkten Einfluss mehr. Die Nationale Energiebehörde der Ukraine hatte am 9. März 2006 die Importquote für die Einfuhr von Erdgas durch das Unternehmen UkrGas-Energó von 32 auf 5,04 Milliarden Kubikmeter reduzieren wollen. Falls UkrGas-Energó mit seiner Klage gegen diese Maßnahme beim Wirtschaftsgericht Erfolg haben sollte, würde dies faktisch das Ende jeglicher Einflussnahme der ukrainischen Politik auf den Gasimport bedeuten. Russlands Gasprom würde damit über RosUkrEnergó und UkrGas-Energó den Gasmarkt des Nachbarlandes kontrollieren und jederzeit über die Preisgestaltung auch politischen Druck auf Kiew ausüben können.<sup>85</sup> Der ehemalige Chef des ukrainischen Geheimdienstes SBU, Olexander Turtschynow, seit seiner Zeit als Vorsitzender des Dnipropetrowsker Gebietskomsomol Tymoschenko als deren politischer Begleiter verbunden, hatte auf einer Pressekonferenz Ende 2005 Naftohas Ukrajiny der illegalen Vorteilsnahme bezichtigt und auf den Anfangsverdacht seiner Behörde hingewiesen. Daraufhin warf Tymoschenko den für den Moskauer Kompromiss verantwortlichen Verhandlungsführern eine Verletzung der nationalen Interessen der Ukraine vor.

Mit den um 25 Prozent erhöhten Preisen, die seit dem 1. Mai 2006 für die ukrainischen Verbraucher gelten, und den angekündigten weiteren Preissteigerungen steuert die Ukraine auf eine weitere Energiekrise zu. Erste Demonstrationen in Kiew kündigen darüber hinaus auch sozialen Widerstand an. Das Programm der Regierung für eine Energiepolitik bis zum Jahr 2030<sup>86</sup> war zweifellos ein wichtiger Schritt

<sup>85</sup> Natalija Grib/Oleg Gavriš, »UkrGaz-Energó risknulo licenzij. Kompanija podala v sud na NKRE« [UkrGas-Energó riskierte seine Lizenz. Die AG hat Klage gegen NKRE eingereicht], in: *Kommersant* (Ukraine), 24.3.2006, S. 1, 7.

<sup>86</sup> »Urjad predstaviv hromads'kosti enerhetyčnu stratehiju Ukrajiny na period do 2030 roku« [Die Regierung hat die

### UkrGas-Energó

- ▶ als geschlossene Aktiengesellschaft am 2. Februar 2006 in Moskau durch die Nationale Naftohas Ukrajiny AG und RosUkrEnergó AG als Joint-venture mit Sitz in Kiew gegründet;
- ▶ Bereitstellung von Erdgas und anderen Energieträgerformen für den ukrainischen Verbrauchermarkt in der Laufzeit von 2006 bis 2010;
- ▶ Vereinbarte Erdgaslieferungen: vom 1.2. bis 31.12.2006 32 Milliarden Kubikmeter, im Jahr 2007 bis 58 Milliarden Kubikmeter, 2008–2010 bis 60 Milliarden Kubikmeter;
- ▶ Geschäftsführer: Ihor Woronin, zum Zeitpunkt der Gründung noch stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Naftohas Ukrajiny;
- ▶ Ausgabe von 5000 Aktien;
- ▶ Bankführung und Bankgarantie der Raiffeisenbank Ukraine.

Quelle: »Gazovoe SP: čto podpisali ukrainskie peregovorščiki?« [Gemeinsames Gasunternehmen: Was haben die Ukrainer eigentlich unterschrieben?], in: *korrespondent.net*, 2.2.2006, <<http://www.korrespondent.net/main/print/144134>>.

zur Sicherung der Energiereserven, zur Minderung des Energieverbrauches und vor allem zur Erhöhung der Energieeffizienz. Am Ende wird sich die Energieversorgung der Ukraine jedoch nur in Abstimmung mit Russland, Gasprom und RosUkrEnergó sichern lassen. Weder die ukrainische Regierung noch Präsident Juschtschenko sind derzeit in der Lage, das Preisdiktat aus Moskau zu beeinflussen.

Der Gaskonflikt hat die ohnehin bestehenden Spannungen zwischen Moskau und Kiew weiter verschärft und ist zum Stellvertreterkonflikt um die Zukunft der ukrainisch-russischen Beziehungen geworden. Die Orangene Revolution war für die Kremladministration ein katastrophales Ereignis, da die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Kiewer Politik zu schwinden drohten. Nach dem Sieg Juschtschenkos verblieben Russland für diesen Zweck vor allem wirtschaftliche Instrumente. Ein Krisengespräch Anfang Januar 2006 in Brüssel, an dem auch Vertreter beider Konfliktseiten teilnahmen, erbrachte keine Lösung.

Die EU beschränkte sich im weiteren auf Hintergrundgespräche, die der österreichische EU-Ratsvorsitz mit der an RosUkrEnergó beteiligten Raiffeisen Invest-

Strategie der Energiewirtschaft für den Zeitraum bis 2030 vorgestellt], 22.3.2006, in: <[http://www.kmu.gov.ua/control/uk/publish/article?art\\_id=32299946&cat\\_id=3185398](http://www.kmu.gov.ua/control/uk/publish/article?art_id=32299946&cat_id=3185398)>.



ment AG führte.<sup>87</sup> Eine sinnvolle Perspektive für die EU wäre jedoch, künftig eine neue Vermittlerrolle im russisch-ukrainischen Energiekonflikt zu übernehmen, die die russischen Absatzinteressen ebenso berücksichtigt wie das ukrainische Interesse an sicherer Energieversorgung. Die Internationalisierung der Energiebeziehungen beider Länder könnte zum Portfolio der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gehören. Ein erneutes Aufgreifen der Idee eines ukrainisch-russisch-deutschen Energiekonsortiums wäre umso dringlicher, als die Energieversorgung Deutschlands und weiter Teile West- und Ostmitteleuropas vom russisch-ukrainischen Konflikt ebenso betroffen sein kann wie von der Erhöhung der Gaspreise in Belarus, die für den 1. Januar 2007 geplant ist.

**87** Weder konnte Österreich an einer dauerhaften Belastung seines Ratsvorsitzes Interesse haben noch die Raiffeisen an einer Fortsetzung der Debatte, die vor allem RosUkrEnergo der Kritik aussetzte. Raiffeisen Investment geriet gleichwohl in den Verdacht der Beteiligung an illegalen Gasgeschäften und kündigte daher im Mai 2006 den Rückzug aus RosUkrEnergo zur Jahresmitte 2006 an. »Raiffeisen prekraščaeť otnošenija s ›RosUkrEnergo« [Raiffeisen beendet die Beziehungen mit RosUkrEnergo], in: *korrespondent.net*, 5.5.2006 (Internetausgabe).

## Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Ukraine hat mit der Orangen Revolution den Weg der Demokratisierung eingeschlagen. Die Reformschwäche der Kutschma-Administration und das ineffiziente Regierungshandeln der bisherigen Juschtschenko-Regierungen haben jedoch eine Transformationskrise in der Ukraine ausgelöst. Die wiederholten Regierungswechsel sind ein Indiz für die Fragilität jeder neuen Regierungskoalition. Jede weitere Anhebung des Erdgaspreises wird die Staatsschulden der Ukraine anwachsen lassen, soziale Proteste hervorrufen und die Energieversorgung im kommenden Winter gefährden. Zudem ist die Ukraine in außenpolitische Orientierungsnot geraten, da im Zusammenhang mit der Nato-Erweiterung die innenpolitischen Gräben aufgeklafft sind und externe Destabilisierungskräfte mobilisiert wurden. Für die deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die nach der Neuwahl des Parlaments und der Neubildung der Regierung zugleich mit neuen Akteuren der ukrainischen Politik konfrontiert ist, ergeben sich aus der Analyse folgende Handlungsempfehlungen:

1. Deutschland und die EU sollten im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik eine neue *Modernisierungspartnerschaft* mit der Ukraine eingehen, die über den bisherigen Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens hinausreicht. Dabei geht es um mehr als die Ukraine allein, nämlich um das Gelingen einer Transformation im postsowjetischen Raum. Ein Scheitern des Demokratisierungsprozesses in der Ukraine gäbe den autokratischen GUS-Regimen zusätzlichen Aufwind. Die Kooperation auf bilateraler Ebene sowie im Kontext von EU, Nato und WTO muss intensiviert werden; zugleich sollte an den Institutionenstandards unbedingt festgehalten werden.

2. Der Aktionsplan der EU bildet weiterhin den gültigen Fahrplan zur Annäherung der Ukraine an die Standards der EU. Er muss jedoch in eine »Nachbarschaft plus« – etwa im Bereich enger wirtschaftlicher Kooperationen – überführt werden.<sup>88</sup> Ein erster

<sup>88</sup> »Berlin entwickelt neue Nachbarschaftspolitik. Sorge vor sicherheitspolitischem Vakuum zwischen Europäischer Union und Russland«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.7.2006, S. 1f.

Schritt auf diesem Weg wäre zum Beispiel die Einbeziehung der Ukraine in eine Freihandelszone mit der EU als neuer Politikansatz der EU-Kommission. Diese Sonderbeziehungen müssten von einer Politik der »offenen Tür« geprägt sein, die einen Mobilisierungseffekt in der Ukraine haben wird. Eine Machbarkeitsstudie der EU<sup>89</sup> hat die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Integration der Ukraine in die EU grundsätzlich positiv bewertet. Notwendige Voraussetzung ist jedoch, dass die Ukraine aus eigener Kraft in eine nachhaltige Reformphase eintritt.

3. Die deutsche und die europäische Politik sollten ein neues Investitionsprogramm für die Ukraine auflegen. Gleichzeitig wäre in Expertentreffen und Fachministerbegegnungen für eine Verbesserung des Investitionsklimas in der Ukraine zu werben. Der erlahmende Reformelan bedarf einer neuen Beratungsinitiative aus den Staaten der EU. Die Ukraine braucht Direktinvestitionen vor allem in den sensiblen Bereichen Energie, Maschinenbau und Telekommunikation. So wäre die absehbare Privatisierung des Staatsunternehmens Ukrtelekom 2006/2007 ein attraktives Investitionsvorhaben für den europäischen Telekommunikationssektor. Investitions- und Kooperationsprojekte sollten sich dabei vor allem auf den Osten und Süden der Ukraine konzentrieren. Dies nicht zuletzt deshalb, um dort die Sichtbarkeit westlicher Unternehmen oder europäischer Institutionen zu erhöhen und Integration erlebbar zu machen.

4. Deutsche Energiepolitik gegenüber der Ukraine sollte noch einmal die Chancen eines gemeinsamen Energiekonsortiums prüfen. Der Konflikt mit Gasprom hat die Anfälligkeit des europäischen Energiemarktes erkennbar werden lassen. Eine Internationalisierung und Institutionalisierung des osteuropäischen Gasmarktes könnte viele Konflikte auffangen. Das im ersten Anlauf gescheiterte Gaskonsortium zwischen Russland, der Ukraine und Deutschland verdient eine zweite Chance. Perspektivisch könnten weitere Maß-

<sup>89</sup> Center for Policy Studies (Brüssel)/Institut für Weltwirtschaft (Kiel)/International Center for Policy Studies (Kiev) (Hg.), *The Prospect of Deep Free Trade between the European Union and Ukraine*, Brüssel 2006, <<http://www.euractiv.com/en/enlargement/analysis-prospects-free-trade-area-eu-ukraine/article-154504>>.

nahmen hinzukommen: eine Multilateralisierung und Institutionalisierung des Energiedialogs der EU mit Russland und des Energiedialogs der EU mit der Ukraine, die Schaffung einer EU-Energie-Frühwarngruppe zur Antizipation von Energiekonflikten und Lieferkrisen im östlichen Europa, die Förderung von energiepolitischer Transparenz durch ein Expertenteam nach dem Vorbild der Deutschen Beratergruppe Wirtschaft bei der ukrainischen Regierung, die Förderung von EU-Investitionen und Technologietransfer nach Russland zur Modernisierung der Röhren- und Kompressionsanlagen. Das Leitungsnetz für Erdgastransporte ist zudem überaltert, seine Modernisierung erfordert Technologiekooperation.<sup>90</sup>

5. In Zusammenarbeit mit dem neuen Parlament der Ukraine sollten über die interparlamentarische Arbeit Reformideen und Umsetzungsstrategien an die Werchowna Rada herangetragen werden. Erfahrungen mit Verwaltungs-, Sozial-, Gesundheits- oder Bildungsreformen, die derzeit von der Großen Koalition in Deutschland gemacht werden, sollten kommuniziert werden. Ziel muss dabei sein, die ukrainische politische Klasse in konstruktive inhaltliche Reformdiskussionen einzubinden und sie an den Erfahrungen, an den Erfolgen und Schwierigkeiten solcher Reformvorhaben teilhaben zu lassen. Vor allem das Europäische Parlament sollte darin eingebunden werden. Die EU sollte bereit sein, zur Schlichtung künftiger Verfassungsstreitigkeiten beizutragen und Beratungshilfe bei einer Fortsetzung der Verfassungs- und Justizreformen zu leisten.

6. Angesichts der Konstanten der politischen Kultur wird auch im neuen ukrainischen Parlament – wie in der Bevölkerung – vorläufig die Skepsis gegenüber einer schnellen Mitgliedschaft in der Nato dominieren. Die Konflikteskalation auf der Krim im Zusammenhang mit Anti-Nato-Protesten im Frühsommer 2006 war ein Alarmsignal. Die Intensivierung der Nato-Ukraine-Beziehung muss mit größerer Sensibilität erfolgen. Projekte wie die »International Nato Week« 2006, gemeinsame Truppenübungen oder die Bereitstellung ukrainischer Militärflugzeuge sind richtige Schritte auf diesem Weg. Zugleich muss die EU Aktivitäten zur Konfliktregelung entfalten; das Modell der Monitoring-Gruppe an der ukrainisch-moldauischen Grenze wäre für die Krim zu applizieren.

7. Institutionalisierung und Multilateralisierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im postsowjetischen Raum liegen im Interesse europäischer Nachbarschaftspolitik. Das G-8-Format, die deutsche Ratspräsidentschaft oder die bilateralen Regierungskonsultationen bieten hier gute Möglichkeiten für einen kritischen Dialog. Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft sollte die Ukraine in die Umsetzung des neuen Nachbarschaftskonzepts als Regionalmacht und Transitstaat einbezogen werden. Von einer Einbindung der Ukraine in die Nachbarschaftspolitik gegenüber Drittstaaten können auch die Steuerung des Konflikts in Transnistrien, die Politik des kritischen Dialogs mit Belarus und die europäische Energiesicherheit profitieren.

<sup>90</sup> Zum Investitionsbedarf im Gassektor ausführlich Lindner, »Die Ukraine zwischen Russland und der EU« [wie Fn. 8], S. 20–23.

## Anhang

### Wichtige Ausschüsse und deren Vorsitzende in der Werchowna Rada (Stand: August 2006)

Ausschüsse	Vorsitzender – Parteizugehörigkeit
Ausschuss für Staatshaushalt	Mykola Asarow – Partei der Regionen
Ausschuss für Rechtspolitik	Ewhen Kuschnarjow – Partei der Regionen
Ausschuss für Justizwesen	Serhij Kivalov – Partei der Regionen
Ausschuss für Fragen des Kampfes gegen das organisierte Verbrechen und Korruption	Mykola Dschyha – parteilos
Ausschuss für Nationale Sicherheit und Verteidigung	Anatolij Kinach – Partei der Industriellen und Unternehmer der Ukraine
Ausschuss für Menschenrechtsfragen, nationale Minderheiten und internationale Beziehungen	Leonid Hratsch – Kommunistische Partei der Ukraine
Ausschuss für Außenbeziehungen	Witaliy Schybko – Sozialistische Partei der Ukraine
Ausschuss für Europäische Integration	Borys Tarasjuk – Narodnyj Ruch Ukrainy
Ausschuss für Finanzen und Bankwesen	Petro Poroschenko – Unsere Ukraine

Quelle: Angaben nach: Werchowna Rada: <[http://gska2.rada.gov.ua:7777/pls/site/p\\_komitis](http://gska2.rada.gov.ua:7777/pls/site/p_komitis)>.

### Abkürzungen

BJUT	Block Julija Tymoschenko
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
FIG	Finanz-Industrie-Gruppe
G 8	Gruppe der Acht (die sieben führenden westlichen Industriestaaten + Russland)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
ILO	International Labour Organization
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KPU	Kommunistische Partei der Ukraine
PRU	Partei der Regionen
SBU	Sluzhba bezpeki Ukrainy (Sicherheitsdienst der Ukraine)
SDPU (o)	Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte)
SPU	Sozialistische Partei der Ukraine
UKL	The Ukraine List
UU	Volkunion »Unsere Ukraine«
WTO	World Trade Organization

**Tabelle 4**  
**Die neue Regierung der Ukraine (Stand: August 2006)**

1. Vizepremiere und Minister aus dem Janukowytsh-Lager	2. Minister aus dem Juschtschenko-Lager	3. Minister von der Partei der Sozialisten der Ukraine	4. Minister von der Kommunistischen Partei der Ukraine
Mykola Asarow	Borys Tarasjuk	Stanislaw Nikolaenko	Jurij Melnyk
Erster Vizepremier und Minister für Finanzen	Minister für Auswärtige Angelegenheiten	Minister für Bildung	Minister für Landwirtschaft
Andrij Kijuew	Anatolij Hryzenko	Mykola Rudkowskyj	Anatolij Holowko
Vizepremier für den Energie- und Brennstoffkomplex	Minister für Verteidigung	Minister für Verkehr und Kommunikation	Minister für Industriepolitik
Dmytro Tabatschnyk	Roman Swarytsch		
Vizepremier für humanitäre und soziale Fragen	Minister für Justiz		
Wolodymyr Rybak	Jurij Pawlenko		
Vizepremier und Minister für Bau, Architektur und kommunale Wohnwirtschaft	Familie, Jugend und Sport		
Iwan Tkalenko	Viktor Baloha		
Minister für Kommunikation mit der Werchowna Rada und anderen staatlichen Institutionen	Minister für Notstandssituationen		
Anatolij Tolstouchow	Ihor Lichowyj		
Minister des Ministerkabinetts	Minister für Kultur und Tourismus		
Mychajlo Papijew	Jurij Poljatschenko		
Minister für Arbeit und Sozialpolitik	Minister für Gesundheitserhaltung		
Wasył Dscharty	Jurij Luzenko		
Minister für Umwelt	Minister für Innere Angelegenheiten		
Serhij Tulub			
Minister für Kohleindustrie			
Jurij Bojko			
Minister für Energie- und Brennstoffkomplex			
Wolodymyr Makucha			
Minister für Wirtschaft			

Quelle: Angaben nach: *Ukrains'ka Pravda*, 7.8.2006. <<http://www.pravda.com.ua/rub/news/2006/8/7/44563.htm>>.